



Druck und Versand des Jahresberichts 2002 hat ein Spender übernommen,  
der nicht namentlich genannt zu werden wünscht.

## Spenderliste

---

<b>1) Nichtstaatliche Zuwendungen</b>	UN-Fonds freiwilliger Zuwendungen für Folteropfer (UNFVT)	Carouge Chêne-Bougeries Choulex Collonge-Bellerive Ecublens Freiburg Huenenberg Jussy Kreuzlingen Küsnacht Lancy Lausanne Meyrin Opfikon Prilly Schlieren Sitten St-Sulpice Thônex Troinex Versoix Zug
Caritas, Schweiz	<b>3) Staatliche Zuwendungen</b>	
Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement (CCFD), Frankreich	Schweiz	
Diakonisches Werk, Deutschland	Niederlande	
Fondation de France, Frankreich	Finnland	
Fondation des Droits de l'Homme au Travail, Schweiz	Grossbritannien	
Ford Foundation, USA	Frankreich	
Fondation Pro Victimis, Schweiz	Liechtenstein	
Fondation Roviralta, Spanien	Schweden (SIDA)	
Fondation Tell et un Tel, Schweiz	<b>4) Zuwendungen von Kantonen und Gemeinden (Schweiz)</b>	
Fondation Un Monde par Tous, Frankreich	Kanton Genf	
ICCO, Niederlande	Stadt Genf	
Migros, Schweiz	• <i>Andere Kantone</i>	
<b>2) Zuwendungen internationaler oder zwischenstaatlicher Organisationen</b>	Bâle-Ville	
Agence Intergouvernementale de la Francophonie	Grisons	
EU-Kommission	Schaffhouse	
	Schwyz	
	• <i>Andere Gemeinden</i>	
	Aire la ville	
	Arlesheim	
	Biel	
	<b>5) Beiträge der Netzwerkmitglieder</b>	
	<b>6) Club des Cent und private Spender</b>	

---



# Inhalt

Inhalt .....	1
Geleitwort .....	2
Das Netz der OMCT .....	6

## **Gemeinsame Hoffnung auf eine Zukunft ohne Folter**

• Programm Dringlichkeitskampagnen .....	8
• Programm Sondermassnahmen .....	12
• Nothilfeprogramm für Folteropfer .....	15
• Programm Kinderrechte .....	18
• Programm Frauenrechte: Eine Strategie auf drei Ebenen .....	22
• Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte .....	26
• Programm Menschenrechtler .....	32

## **Veröffentlichungen 2002**

• Allgemeine Aktivitäten .....	38
• Dringlichkeitskampagnen .....	40
• Dringlichkeitshilfe für Folteropfer 2002 in Zahlen .....	44

<b>Veröffentlichungen 2002</b> .....	46
--------------------------------------	----

<b>Vollzugsrat</b> .....	49
--------------------------	----

<b>Delegiertenversammlung</b> .....	50
-------------------------------------	----

<b>Beirat</b> .....	51
---------------------	----

<b>Organisationskomitee</b> .....	51
-----------------------------------	----

<b>Internationales Sekretariat</b> .....	52
--	----

<b>Jahresrechnung</b> .....	53
-----------------------------	----



*Jahr für Jahr – wenn Bilanz gezogen werden soll – stellt sich erneut die unausweichliche Frage: Sind mehr Fortschritte als “Rückschritte” zu verzeichnen? Was die Menschenrechte betrifft, ist die Antwort für 2002 schwieriger denn je.*

*Vor allem zwei Ereignisse haben die zwölf Monate eines Zeitraums im Umbruch geprägt: Die Schaffung einer auf jedermann anwendbaren Strafgerichtsbarkeit und die Infragestellung der Mechanismen zum Schutz der Grundrechte.*

Am 1. Juli 2002 ist der Internationale Strafgerichtshof offiziell in Kraft getreten. In den 1998 verabschiedeten Statuten von Rom, mit denen diese Institution geschaffen wurde, war vorgesehen, dass dies erst sechzig Tage nach der sechzigsten Ratifizierung geschehen würde. Die festgelegte Anzahl Vertragsstaaten wurde im Frühjahr 2002 erreicht. Natürlich wird es noch viele Monate dauern, bis der Gerichtshof seine eigentliche Arbeit aufnehmen wird, doch alle nach diesem Datum begangenen Verbrechen, die in seine Zuständigkeit fallen, können deren Urheber vor die Richter dieser neuen Institution führen.

Mit der Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs findet ein mehr als fünfzigjähriges Ringen seinen krönenden Abschluss. Schon Ende der vierziger Jahre beabsichtigten die Vereinten Nationen die Gründung eines ständigen internationalen Gerichtshofs zur Aburteilung der Urheber von besonders schweren Verbrechen, wie sie in der Völkermordkonvention definiert sind. Juristische Hindernisse (kein Konsens über die Definition der Aggression als Verbrechen) und

politische Obstruktion (die Führer der Grossmächte wollten keine internationale Gerichtsbarkeit, von der sie strafrechtlich verfolgt werden könnten) verhinderten zu Beginn der fünfziger Jahre die Errichtung eines solchen Gerichtshofs.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit der ihn begleitenden entsetzlichen ethnischen Säuberung, die Greuel der Roten Khmer in Kambodscha, der Genozid in Ruanda, Horror und Schrecken in Sierra Leone und Osttimor veranlassten die internationale Gemeinschaft, Ad-hoc-Tribunale zur Aburteilung der Urheber der Grausamkeiten einzurichten. Dieses Vorgehen war zwar durchaus berechtigt, aber auch problematisch, weil die Tragödien eher willkürlich ausgewählt und den betreffenden Tribunalen anfechtbare Grenzen gezogen wurden. Es kann daher nicht verwundern, dass die Idee eines Internationalen Strafgerichtshofs erneut in einem Zusammenhang auftauchte, in dem seine Notwendigkeit besonders augenfällig wurde. Erstaunen muss hingegen die breite Akzeptanz dieser Institution durch den gegebenenfalls betroffenen Personenkreis.

Auch wenn wir für 2002 lediglich das Datum des 1. Juli und das Inkrafttreten des Internationalen Strafgerichtshofs berücksichtigen, können wir das abgelaufene Jahr zu Recht als eine der bedeutendsten Etappen auf dem Weg zur Achtung der Menschenrechte seit ihrer Allgemeinen Erklärung im Jahre 1948 betrachten. Die OMCT, der heute wichtigste Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen (NROs), die gegen die Folter kämpfen, möchte nicht nur ihre



Genugtuung über diesen Erfolg zum Ausdruck bringen, sondern sieht in dieser neuen Einrichtung auch ein zusätzliches Instrument, das ihr die Möglichkeit bietet, die Straffreiheit der Urheber intensiver zu bekämpfen und angemessene Wiedergutmachung für die Opfer zu erhalten.

Gewiss, die ersten Urteile sind erst in einigen Jahren zu erwarten, Grossmächte wie die USA und China lehnen dieses Instrument ab, bei weitem nicht alle Staaten haben die Statuten von Rom ratifiziert, die möglicherweise vor diesem Gerichtshof eröffneten Verfahren betreffen nur die schwersten Verbrechen – aber immerhin: ein Tabu wurde gebrochen. Regierende wie ihre Untergebenen können nunmehr vor einem ständigen Gerichtshof für ihre Verbrechen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist doch ein merklicher und unbestreitbarer Fortschritt.

Leider war 2002 nicht nur das Jahr des Internationalen Strafgerichtshofs, sondern auch – nach dem Attentat vom 11 September 2001 – ein Jahr der Terrorismusbekämpfung, und zwar unter Rückgriff auf Methoden, gegen welche die OMCT sich aufzulehnen veranlasst sah. Wie alle verantwortungsbewussten Menschenrechtsorganisationen vertritt die OMCT die Ansicht, dass Sicherheit ein Grundrecht aller ist, das der Staat schützen muss, damit es jeder einzelne friedlich geniessen kann. Seit ihrer Gründung hat die OMCT Terrorismus stets angeprangert - unabhängig davon, ob er staatlichen oder nichtstaatlichen Ursprungs war – und immer betont,

ungeachtet der Berechtigung einer Sache könne diese nicht mit allen Mitteln durchgesetzt werden.

Sicherheit ist zwar ein zentrales Recht, darf aber nicht verteidigt werden durch eine Verletzung der grundlegenden Verpflichtungen, die allseitig anerkannt und in den wichtigsten internationalen Menschen- und Völkerrechtsinstrumenten festgeschrieben sind.

Wenngleich die OMCT stets die Grausamkeiten verurteilt hat, die Extremisten wie die Taliban in Afghanistan oder extremistische Bewegungen an Zivilbevölkerungen begangen haben, und auch die Ansicht vertritt, die Urheber der einschlägigen Verbrechen müssten zu Strafen verurteilt werden, die der Schwere der jeweiligen Verbrechen angemessen sind, so kann sie doch nicht eine Politik gutheissen, die den Grundrechten der Angeklagten Hohn spricht.

2002 brachte in dieser Hinsicht ausserordentlich Besorgnis erregende Ereignisse. In Guantánamo wurde den als Taliban oder Mitgliedern von Al Qaïda qualifizierten Gefangenen durch die USA nicht nur der für alle Kampfunfähigen geltende Schutz der Genfer Konventionen – namentlich des 3. Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen – verweigert, sondern auch die Garantie eines gerechten Urteils und des Schutzes vor Folter und sonstiger grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung vorenthalten, wie dies in den internationalen Instrumenten und im US-Recht niedergelegt ist. Durch diese Rechtsverweigerung im Namen der Terrorismusbekämpfung und des Schutzes der Sicherheit wurden einerseits die

zwingenden Menschenrechts- und Völkerrechtsnormen missachtet und andererseits der noch nicht vollkommen gefestigte Mechanismus untergraben, der seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 und der Verabschiedung der Genfer Konventionen 1949 besteht. Nicht nur wurden diese wichtigen Instrumente verkannt oder relativiert, sondern auch das multilaterale System, mit dem seit einem halben Jahrhundert die Weltgesellschaft nach allseitig anerkannten Normen reguliert werden soll, wurde rücksichtslos in Frage gestellt.

In diesem Zusammenhang ist ein längst erschöpfend behandelt geglaubtes Thema ganz plötzlich in die Medien der Länder zurückgekehrt, die sich gern als Verteidiger der Menschenrechte gerieren: Die Legitimität des Rückgriffs auf Folter. Wie gerade wir bei der OMCT sehr gut wissen, wird ja die Folter, obwohl gesetzlich in den meisten Ländern untersagt und einhellig verurteilt, weiterhin von einer Mehrheit der Länder auf unserem Planeten praktiziert. Alle Bemühungen der Menschenrechtsorganisationen konzentrieren sich darauf, Verletzungen bekannt zu machen, damit sie – dank des Drucks der öffentlichen Meinung – eingestellt werden.

Auf welche Autorität aber kann man sich stützen, um den Kampf fortzusetzen, auf welche gesellschaftliche Kraft kann man zählen, um die Achtung der Grundrechte durchzusetzen, wenn die grundlegenden Texte von den führenden Eliten in Frage gestellt werden, und wenn die öffentliche Meinung die Anwendung von Folter billigt, sei es auch nur in Extremsituationen und unter ganz besonderen Umständen?

Das abgelaufene Jahr schloss also mit einem bedeutenden Sieg: Ungeachtet ihrer Funktion können nunmehr die Verantwortlichen für die schwersten Verbrechen vor Gericht gestellt werden. Und mit einer beängstigenden Niederlage: Für eine ganze Reihe demokratischer Regierungen und insbesondere für ihre öffentliche Meinung werden die grundlegenden Menschen- und Völkerrechtsnormen in Frage gestellt.

Angesichts dieser widersprüchlichen Entwicklung hat die OMCT unzweideutig Stellung bezogen und auf internationaler Ebene daran erinnert, dass es neben politischen Sachzwängen, kulturellen Befindlichkeiten und emotionsgeladenen Reaktionen einer traumatisierten öffentlichen Meinung zwingende Normen gibt, die für alle und unter allen Umständen verbindlich sind, und dass das Folterverbot zu den Ecksteinen des Menschenrechtsgebäudes zählt. Die wichtige Erinnerung dank der feierlichen Erklärungen kann allerdings allein eine negative Dynamik nicht bremsen. Aus diesem Grund hat die OMCT ihre Aktionsprogramme intensiviert unter besonderer Berücksichtigung derjenigen, die auf die tief liegenden Ursachen der Folter und ihre gleichermassen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wurzeln abzielen.

Ansonsten setzen wir gemeinsam mit der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH) unsere Bemühungen um einen besseren Schutz der Menschenrechte fort, deren Tätigkeit gegenwärtig von den Anhängern blinder Repression immer häufiger als Komplizenschaft mit Terroristen dargestellt wird.



Selbstverständlich wird auch weiterhin jegliche Verletzung angeprangert, wobei wir uns besonders nachdrücklich für die schwächsten Gruppen, namentlich für Frauen und Kinder, einsetzen. Trotz des drastischen Rückgangs der Ressourcen in diesem Bereich gelang es der OMCT, Folteropfer auch weiterhin mit einer Nothilfe zu unterstützen; an diesen entscheidenden Massnahmen beabsichtigen wir auch in den nächsten Jahren festzuhalten.

Getreu seiner vielfach geäusserten Überzeugung, dass um die Menschenrechte vor Ort nahe und vor allem mit den Opfern gekämpft wird, hat das Internationale Sekretariat der OMCT zahlreiche lokale Nichtregierungsorganisationen bei ihren Bemühungen begleitet, auf die Achtung der Menschenrechte seitens der nationalen oder lokalen Behörden zu drängen; in diesem Zusammenhang wurden namentlich Untersuchungen und Recherchen durchgeführt und die Ergebnisse anschliessend den für die Überwachung der Anwendung der grundlegenden Normen zuständigen Organen unterbreitet.

Sämtliche Anstrengungen aufzulisten, ist an dieser Stelle nicht möglich, doch soll speziell ein Land erwähnt werden: Nigeria. Dort wurde 1999 eine besonders blutrünstige Diktatur abgeschüttelt, aber auch heute herrscht Gewalt noch in einem Ausmass, das von der internationalen öffentlichen Meinung nicht wahrgenommen zu werden scheint. Über zwei Jahre hat die OMCT unter Beteiligung von sechzig lokalen NROs in einem Intensivprogramm die Übergriffe ohne Ansehen der Urheber oder Opfer untersucht. Der am 26. August 2002 der Presse in Lagos vorgestellte Bericht wurde nicht nur als einer der zuverlässigsten und

erschöpfendsten über Nigeria begrüsst, sondern auch als das Ergebnis einer gemeinsamen Bemühung von NROs unter Einbeziehung von Nigerianern aus allen religiösen, politischen und kulturellen Gruppierungen, was für dieses Land eine echte Herausforderung war. Seit seiner Veröffentlichung wird die Auslieferung und Verteilung des Berichts von den nigerianischen Behörden blockiert.

Paradox in einem Staat, in dem es NROs unterschiedlicher Orientierung gelingt, sich über ein gemeinsames Protokoll und Vorschläge zu einigen, die von allen akzeptiert werden, und in dem Behörden, die aus der Wiederherstellung der Demokratie hervorgegangen sind, auf die alten diktatorischen Methoden zurückgreifen, um eine freimütige Diskussion im Namen der Sicherheit zu verhindern.

Steht also das Jahr 2002 für den Beginn einer erneuten Blüte der Menschenrechte oder für das Ende der grossen Utopien, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen und zur Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geführt haben? Die Antwort können nur wir allein geben.

**Eric Sottas**  
*Direktor*



## Das Netz der OMCT:

*Eine Gruppe einflussreicher Juristen mit Menschenrechtserfahrungen, darunter Pierre de Senarclens, ehemaliger Abteilungsleiter Menschenrechte und Frieden bei der UNESCO, Theo van Boven, ehemaliger Direktor der UN-Menschenrechtsabteilung, Eric Sottas, ehemaliger Mitarbeiter im Generalsekretariat der CNUCED, die Nobelpreisträger Erzbischof Desmond Tutu und Adolfo Perez Esquivel, Kader von Menschenrechts-NROs wie Adrien-Claude Zoller, François de Vargas und Jean-François Labarthe sowie zahlreiche weitere Fechter für die Menschenrechte, gründete 1986 mit Unterstützung von Jean-Jacques Gautier eine neue Organisation – die Weltorganisation gegen Folter, besser bekannt unter ihrer französischen Abkürzung OMCT.*

Die Gründung der OMCT erfolgte nach einer Reihe von Tagungen internationaler Experten und nationaler Menschenrechtsorganisationen, die sämtlich die Bedeutung nationaler Aktionen im Kampf gegen die Folter erkannt hatten. Die Vorgehensweise war und ist auch heute noch vollkommen anders als bei anderen internationalen Menschenrechtsorganisationen. Die OMCT geht davon aus, dass sich die langfristige Ausmerzung der Folter nicht von Washington, London oder Paris aus bewerkstelligen lässt, sondern nur der Bekämpfung vor Ort weichen wird. Deshalb ist die Strategie der OMCT darauf fokussiert, lokale und nationale Initiativen zu stärken und zu unterstützen.

In einem Netzwerk arbeiten, ist kein Privileg für einige wenige Menschenrechtsspezialisten. In einer Welt voller Labilität gewinnt der Sinn für Vorausdenken und Organisation eine ganz neue Dimension. Im modernen Geschäftsleben setzen sich die Unternehmen durch, die ihre EDV-Revolution hinter sich haben und für effizientes Management auf eine Netzwerkstruktur zurückgreifen.

Nach fünfzehnjährigen Erfahrungen kann man sagen, dass diese Entscheidung zu bemerkenswerten Erfolgen geführt hat. Zuverlässigkeit und Ansehen der OMCT beruhen darauf, dass das Konzept von unten nach oben ausgerichtet ist und der Basis absolute Priorität einräumt. Die lokalen Organisationen, die Tag für Tag mit dem Problem der Folter und mit massiven Verstößen gegen die Menschenrechte konfrontiert sind, informieren und orientieren dadurch die internationale Strategie der OMCT. Dienst an den Opfern durch diejenigen, die vor Ort sind und deren Erwartungen und Bedürfnisse daher am besten kennen, lautet die Grundregel für die OMCT, nach der sich auch ihre Arbeitsweise richtet.

Die Aufgabe für das internationale Sekretariat wird von dessen Mitgliedern – Menschenrechtlern und Organisationen, die auf lokaler Ebene gegen die Folter kämpfen – festgelegt. Sie besteht darin, den



# Gemeinsame Hoffnung auf eine Zukunft ohne Folter

Mitgliedern die Mittel und Dienste für erfolgreiches Arbeiten zur Verfügung zu stellen, d.h. ihnen zu helfen, Folter besser zu verhindern und zu brandmarken, Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen wirksamer zu verfolgen und Opfer besser zu unterstützen.

Die OMCT nimmt nicht für sich in Anspruch, eine Patentlösung für komplexe und schmerzliche Probleme zu haben, sie will lediglich so gut wie möglich die Bedürfnisse befriedigen, die bei lokalen Organisationen in ihrem Kampf für die Achtung der Menschenrechte auftreten. Die Programme der OMCT geben nationalen Menschenrechtsorganisationen die Mittel zur Bekämpfung der Folter an die Hand.

## **Gemeinsam handeln**

Unseres Erachtens bietet ein Netzwerk jedem Partner die Möglichkeit, durch Kooperation seine eigenen Mittel zu vervielfältigen und dadurch die Folter wirksamer zu bekämpfen, indem er auf Situationen in dauerndem Wandel und auf die sich ändernden Bedürfnisse der Opfer besser und schneller reagiert.

Unter dem Schirm der OMCT gibt es gegenwärtig 261 Organisationen, die zu den leistungsfähigsten auf ihrem jeweiligen Niveau gehören und die in der gleichen Weise vorgehen und eine gemeinsame Vision von ihrem Kampf für das gleiche Ideal haben.

Das Netzwerk der OMCT ist keine 'Schwatzbude', sondern zum Handeln berufen, und zwar unter bestimmten Bedingungen zum vertraulichen Handeln ohne Medienrummel, der sich häufig in gefährlicher Weise als kontraproduktiv erweist.

Im vorliegenden Bericht wird der Leser greifbare Resultate entdecken, die trotz himmelschreienden Kräfteungleichgewichts, aber dank gemeinsamen Vorgehens im Netzwerk und gegenseitiger Ergänzung der durchgeführten Aktionen erzielt wurden.

Angesichts der in beunruhigender Weise zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und der Notwendigkeit, sämtliche Mittel und Aktionen zur Bekämpfung der Folter ständig anzupassen, muss die OMCT sich zwangsläufig die entsprechenden Ressourcen verschaffen, um den Kampf fortzusetzen, in dem sie sich engagiert hat.



# Programm Dringlichkeitskampagnen

Dieses 1986 geschaffene Programm, Dreh - und Angelpunkt der OMCT-Aktivitäten, ist das dynamische Bindeglied zwischen dem Netzwerk SOS-Torture, das 261 nationale Nichtregierungsorganisationen (NROs) umfasst, und dem Internationalen Sekretariat der OMCT. Dort lassen sich alle Kräfte bündeln, um die Opfer von Folter sowie deren Risiko und der Androhung, von willkürlichen Verhaftungen, nachrichtenlosen Inhaftierungen, grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, Todesdrohungen, Tod in der Haft, Todesstrafe, erzwungenem oder unfreiwilligem Verschwinden, aussergerichtlichen und/oder willkürlichen Hinrichtungen und sonstigen einschlägigen Menschenrechtsverletzungen angemessen zu unterstützen. Dank rascher Beschaffung zuverlässiger, vor Ort dokumentierter Informationen versetzen die NROs des Netzwerks die OMCT in die Lage, die internationalen Einrichtungen, die jeweils am besten und wirksamsten reagieren können, über Fälle von Verletzung persönlicher Grundrechte zu unterrichten, und ergänzen damit die vor Ort eingeleiteten Massnahmen.

Solidaritätskampagnen eröffnen einem immer grösser werdenden Kreis von regions- und landesspezifischen internationalen Organisationen und Einrichtungen einerseits und Einzelpersonen andererseits die Möglichkeit, in dringenden Fällen wirksam zugunsten von Opfern zu intervenieren. Eine Eilintervention besteht darin, die zuständigen Behörden zu mobilisieren und sie aufzufordern, ihren auf internationaler Ebene eingegangenen menschenrechtlichen

Verpflichtungen nachzukommen und die angeprangerten Verletzungen unverzüglich einzustellen.

Mit der Bekanntmachung spezifischer Fälle von Menschenrechtsverletzungen will das Programm den Bedürfnissen der einschlägigen lokalen NROs entgegenkommen und deren Aktivitäten mit Hilfe von Dringlichkeitsappellen unterstützen und Nachdruck verleihen. Dringlichkeitsappelle haben im wesentlichen zum Ziel,

- Folter und sonstigen schweren Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen und diese zu verhindern;
- Schutz zu gewährleisten und für die Opfer angemessene Wiedergutmachung zu erreichen;
- künftigen Verletzungen namentlich dadurch vorzubeugen, dass die Straflosigkeit der Urheber bekämpft wird.

## Das Netzwerk SOS-Torture

Entscheidende Bedeutung hat die schnelle Übermittlung von Informationen, um im Rahmen des Programms Dringlichkeitskampagnen die Wirksamkeit der Interventionen zugunsten der Opfer zu gewährleisten. Innerhalb von 24 Stunden versendet die OMCT die von Netzwerkmitgliedern eingegangenen Informationen in Form von Interventionen an Adressaten, die unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeit zu raschem und wirksamem Handeln ausgewählt werden.



# Programm Dringlichkeitskampagnen

Letztere wenden sich an die zuständigen Behörden und unterrichten das Internationale Sekretariat über den weiteren Verlauf der jeweiligen Interventionen.

Das Programm Dringlichkeitskampagnen kann seine Wirksamkeit nur dank des Netzwerks SOS-Torture entfalten, dessen Mitglieder – nationale und regionale Menschenrechts-NROs – der OMCT zweckdienliche Informationen über einschlägige Verletzungen (in 87 Ländern) zukommen lassen. Selbstverständlich bemüht sich die OMCT um die Pflege und Intensivierung ihrer zu den Mitgliedern geknüpften Bande wie auch um die Erarbeitung von Strategien für schnelle und zuverlässige Kommunikation mit diesen. Da die betreffenden Organisationen vor Ort präsent sind, können sie der OMCT aussagekräftige und detaillierte Lageberichte über die Menschenrechtssituation in ihrem Heimatland übermitteln.

## Aktivitäten

Im abgelaufenen Jahr wurden 253 Dringlichkeitsappelle in englischer, französischer oder spanischer Sprache abgefasst und verbreitet; dabei handelte es sich um:

- 150 Appelle in englischer Sprache (Original);
- 74 Appelle in spanischer Sprache (Original);
- 29 Appelle in französischer Sprache (Original).

Insgesamt wurden im Rahmen der Dringlichkeitsappelle 3115 Folteropfer in 46 Ländern unterstützt. Am häufigsten intervenierte die OMCT in folgenden Ländern: Aserbaidschan, Israel und besetzte Gebiete, Kirgisistan, Kolumbien, Kongo (Demokratische Republik), Mexiko, Malaysia, Sri Lanka, Sudan und Tunesien. In diesen Ländern ist die Menschenrechtssituation nicht unbedingt am schlechtesten, aber aus ihnen hat die OMCT 2002 die meisten Informationen über spezifische Fälle erhalten. Einzelheiten über Länder, Opfer und Art der Menschenrechtsverletzungen entnehmen Sie bitte den Tabellen betreffend Dringlichkeitsappelle auf den Seiten 40.

Weiterhin hat die OMCT 61mal in mehreren Fällen von Menschenrechtsverletzungen mittels Kontaktaufnahme zu den betreffenden Behörden diskret interveniert und 52 Pressemitteilungen herausgegeben.

Ferner haben die bei der OMCT für das Programm Dringlichkeitskampagnen verantwortlichen Mitarbeiter aktiv an diversen internationalen, regionalen oder nationalen Tagungen teilgenommen, um zum einen die Aktivitäten im Rahmen des Programms voranzutreiben und abzusichern und zum anderen die mit den NROs geknüpften Kontakte zu vertiefen. Genannt seien hier namentlich die Konferenz zur Entwicklung der Demokratisierung in Bahrain, die Tagung der Afrikanischen Menschen- und Völkerrechtskommission, die Tagung 2002 der OSZE "Human



# Programm Dringlichkeitskampagnen

Dimension Implementation”, die Tagung der Unterkommission für Förderung und Schutz der Menschenrechte und die Tagung der UN-Menschenrechtskommission sowie der Workshop über Eilaktionen in Guatemala.

## **Abfassung und Verbreitung der Dringlichkeitsappelle**

Erleichtert wurde im abgelaufenen Jahr die Abfassung der Dringlichkeitsappelle durch Rückgriff auf die Datenbank “Dringlichkeitskampagnen”. Dadurch liessen sich nicht nur detaillierte Statistiken erstellen und die Entwicklung der Menschenrechtssituation in bestimmten Ländern überwachen, sondern konnten auch automatisierte Warnungen abgegeben werden, um die Verfolgung der Fälle sicherzustellen, die Interventionen in regelmässigen Abständen verlangen. Die EDV-Anlage der OMCT wurde 2002 gründlich aktualisiert; dazu gehörte namentlich die Anschaffung eines neuen Servers, der die schnelle Bewältigung des durch eine grosse Anzahl von Dringlichkeitsappellen anfallenden E-Mail-Verkehrs gestattet. Die Dringlichkeitsappelle der OMCT werden übrigens auch auf dem Postweg versandt und in die Internetseite [www.omct.org](http://www.omct.org) eingestellt, damit ein immer zahlreicheres Publikum auf die einschlägigen Informationen zugreifen kann.

Bessere Nutzung aller durch Internet gebotenen Möglichkeiten, um eine gute sachdienliche Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu gewährleisten, zählte 2002 zu den vorrangigen Anliegen. Die OMCT ist nämlich der Ansicht, dass dieses Instrument einen Eckpfeiler ihrer Kommunikationsstrategie darstellt und eine breitere Basis für die Unterstützung der Dringlichkeitskampagnen schaffen kann. Unter diesem Aspekt wurde von den Programmverantwortlichen für die OMCT-Internetseite ein neues Konzept mit interaktiven Elementen ins Auge gefasst, das einen effizienteren Austausch mit den Organisationen des Netzwerks SOS-Torture wie auch mit den für Dringlichkeitskampagnen aktiven Einzelpersonen gestattet.

## **Herausforderungen und Schwierigkeiten**

Unter den grösseren Schwierigkeiten seien für 2002 die Probleme bei der Anzeige von Menschenrechtsverletzungen in den Ländern genannt, in denen das Netzwerk SOS-Torture keine Mitglieder hat. Die mangelnde globale Präsenz des Netzwerks lässt sich hauptsächlich darauf zurückführen, dass Menschenrechtsorganisationen in bestimmten Ländern nicht ungehindert arbeiten oder sogar überhaupt nicht existieren können. So bieten die Nichtregierungsorganisationen auf Schauplätzen schwerwiegender Missstände wie



## Programm Dringlichkeitskampagnen

Tschetschenien, China, Iran und Myanmar kaum Gewähr für Unabhängigkeit und Stabilität, oder ihre Arbeit wird von der eigenen Regierung behindert.

Das Problem mangelnder globaler Präsenz wurde für das Programm Dringlichkeitskampagnen im abgelaufenen Jahr dadurch zu überwinden versucht, dass Kontakte zu anderen Informationsquellen geknüpft wurden, die einschlägige Missstände in den vorgenannten Ländern anprangern. Teilweise stecken die bisher geschaffenen Arbeitskontakte zwar noch in den Anfängen, doch dürften die 2002 unternommenen Bemühungen zur Lösung dieses Problems in den kommenden Jahren Früchte tragen. Aber in mehreren Regionen müssen die Präsenz und die Intensität der Aktivitäten erst noch entwickelt werden (Russland, Westafrika, Mittelamerika).

Auch die Verfolgung der übernommenen Fälle ist ein Bereich, der verstärkter Bemühungen bedarf. Während die Kommunikation einzelner Fälle durch die Mitgliedsorganisationen des Netzwerks SOS-Torture an die OMCT eine wirksame Anprangerung von Menschenrechtsverletzungen gestattet, bereitet die systematische Verfolgung der betreffenden Aktionen noch gewisse Schwierigkeiten. Das erklärt sich grossenteils aus fehlenden Ressourcen bei den lokalen NROs. Diese agieren nämlich in einem sich besonders rasch wandelnden Umfeld und konzentrieren sich auf

die Dringlichkeit der Fälle, d.h. sie benachrichtigen die OMCT von Verhaftungen oder Foltergefahr, verfügen aber nicht immer über die erforderlichen Mittel, um die Entwicklung der Situation zu melden. Wenn sich beispielsweise die Bemühungen unterdessen auf dringendere Fälle konzentriert haben, kann es geschehen, dass die Informanten vergessen, Freilassungen dank OMCT-Kampagnen mitzuteilen. Das Internationale Sekretariat möchte jedoch über früher behandelte Fälle auf dem Laufenden gehalten werden, um einerseits die Notwendigkeit künftiger Aktionen und andererseits die Wirkung der Kampagnen zu beurteilen. Deshalb wird auch in diesem Jahr weiterhin nach Ressourcen gesucht werden, um eine systematische Verfolgung früherer Interventionen einzuführen.





## Programm Sondermassnahmen

Dieses Programm ergänzt die Programme Dringlichkeitskampagnen und Soforthilfe für Folteropfer, indem es deren und der lokalen NROs Zugang zu den verschiedenen auf Bekämpfung der Folter spezialisierten Einrichtungen der Vereinten Nationen erleichtert. Es beinhaltet die juristische und praktische Unterstützung von Folteropfern und derjenigen nationalen NROs, welche die diversen Prozeduren von Einrichtungen wie dem Komitee gegen Folter und dem Menschenrechtskomitee nutzen wollen. Wichtige Aspekte dieses Programms sind ferner die Entwicklung internationaler Normen und das Ringen um die Gewährleistung ihrer Anwendung in konkreten Fällen.

Mit Hilfe dieses Programms sollen in erster Linie die nationalen NROs in die Lage versetzt werden,

- die internationalen Menschenrechtseinrichtungen effizient zu nutzen;
- ihre Verbindungen zur internationalen Gemeinschaft zu intensivieren, um auf diese Weise deren Schutz vor Angriffen aller Art zu verstärken;
- ihre Fachkompetenzen zu erweitern und anderen NROs vor Ort zu vermitteln, die sich dadurch zu "Schaltstellen" auf nationaler und regionaler Ebene entwickeln.

Das 2001 ins Leben gerufene Programm Sondermassnahmen konzentrierte seine Bemühungen zunächst auf eine verstärkte

Beteiligung der nationalen Menschenrechts-NROs an den Aktivitäten des Komitees gegen die Folter.

### Aktivitäten

Im Rahmen des Programms Sondermassnahmen hat die OMCT 2002 mit zahlreichen nationalen NROs zusammengearbeitet, um die Erstellung von Alternativberichten für das Komitee gegen Folter und für das Menschenrechtskomitee zu erleichtern.

Gemeinsam mit Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Netzwerks SOS-Torture verfasste Berichte über die Menschenrechtssituation allgemein und insbesondere über das Folterverbot wurden dem Komitee gegen Folter für folgende Länder vorgelegt: Usbekistan (in Zusammenarbeit mit der usbekischen Organisation "Legal Aid Society"), Venezuela ("Red de Apoyo por la Justicia y la Paz"), Ägypten (The Egyptian Organization for Human Rights), Israel (Nachfassbericht in Zusammenarbeit mit den Organisationen "Law" und "Public Committee Against Torture in Israel"). Vorgelegt wurden ferner Informationen zur Lagebeobachtung in Brasilien (in Zusammenarbeit mit der ACAT Brasilien), ein Bericht zum Thema Geschlecht und Folter in Ägypten für das Komitee gegen Folter sowie ein ergänzender Gemeinschaftsbericht über Israel (mit den beiden Mitglieds-NROs des Netzwerks SOS-Torture "Law" und "Public



## Programm Sondermassnahmen

Committee Against Torture in Israel“) für das Menschenrechtskomitee.

In Pressemitteilungen haben die OMCT und Partnerorganisationen auf die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Komitees gegen Folter für die betreffenden Länder reagiert. Ausserdem hat sich die OMCT – ebenfalls per Pressemitteilung – über Fälle von Menschenrechtsverletzungen (z.B. an den Gefangenen auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo/Kuba) geäussert.

Vertreter dieser Organisationen konnten dank finanzieller Unterstützung durch die OMCT nach Genf kommen, um an den Ausschusssitzungen teilzunehmen und dort ihre Beobachtungen und Empfehlungen vorzutragen.

In ihren Aktivitäten unterstützt und nach Genf eingeladen hat die OMCT ferner Vertreter der “Coordinadora de Solidaridad con las Personas Presas” (Spanien), des “Human Rights Center for the Assistance of Prisoners” (Ägypten) und des “Legal Information Center for Human Rights” (Estland), damit sie an den Informationstagungen für die Experten des Komitees gegen Folter teilnehmen und ihre eigenen Berichte vorlegen konnten. So hatten 2002 zwölf von der OMCT eingeladene Vertreter nationaler NROs die Möglichkeit, an den Sitzungen des Komitees teilzunehmen.

Die von diesen NROs vorgelegten Berichte prangerten nicht nur die Anwendung von Folter und Misshandlungen in den betreffenden Ländern an, sondern betonten auch die juristischen, administrativen und strukturellen Mängel und Lücken, welche die Fortdauer derartiger Praktiken und die Straflosigkeit ihrer Urheber begünstigen. In Usbekistan beispielsweise werden die mangelnde Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft und ihre anhaltende Weigerung unterstrichen, Untersuchungen über vorgebliche Folterhandlungen einzuleiten. Der Ägypten-Bericht wiederum wirft ein sprechendes Licht auf den ständigen und systematischen Einsatz von Folter, auf die Schwierigkeiten der NROs aufgrund der sie betreffenden repressiven Gesetzgebung und auf die schwerwiegenden Konsequenzen der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands. Für Venezuela macht der Bericht das Komitee gegen Folter auf die Straflosigkeit der Urheber von Foltermassnahmen aufmerksam. Und in den Berichten zu Israel werden die starke Verschlechterung der Menschenrechtssituation im abgelaufenen Jahr sowie die Zunahme behaupteter Foltermassnahmen angeprangert.

Vertreter der nationalen NROs haben überdies an Informationstagungen teilgenommen, in deren Verlauf sie ihre Befürchtungen mündlich darlegen und gezielte Fragen von Mitgliedern der verschiedenen Komitees beantworten konnten. Während ihres Aufenthalts in Genf haben sie ausserdem Gelegenheit gehabt,



## Programm Sondermassnahmen

Mitarbeiter des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und anderer internationaler Menschenrechts-NROs zu treffen.

Fälle (insgesamt 1837 Personen in sechs Ländern, davon 1659 in einem einzigen Land), die nicht im Rahmen der jeweiligen nationalen Gesetzgebung gelöst werden konnten, wurden übrigens den Komitees ebenfalls zur Kenntnis gebracht.

Schliesslich verfolgte die OMCT aufmerksam die Entwicklung im Bereich der internationalen Normen: Teilnahme an den Diskussionen über die 2002 von der Menschenrechtskommission verabschiedete Entschliessung, Mitorganisation einer NRO-Tagung zum Entwurf von Wiedergutmachungsgrundsätzen, Teilnahme an der anschliessenden beratenden Sitzung zum Thema und Vortrag der Anmerkungen zum Entwurf eines Schriftsatzes über Straflosigkeit sowie Vorlage einer Eingabe gemäss dem fakultativen Protokoll betreffend den Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte.

### Herausforderungen und Schwierigkeiten

Anlässlich einer Umfrage bei den Teilnehmern betreffend ihre Zusammenarbeit mit der OMCT im Rahmen dieses Programms wurde allgemein der Wunsch geäussert, eine mit dem Internationalen Sekretariat koordinierte Verfolgung auf nationaler Ebene sicherzustellen. Leider gestattet das gegenwärtige Programmbudget es nicht, diese Massnahme durchzuführen.





# Nothilfeprogramm für Folteropfer

## Sinn und Zweck

Das Nothilfeprogramm für Folteropfer richtet sich an alle Opfer – Erwachsene und/oder Kinder – von Folter oder sonstiger grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, die unbedingt und dringend medizinische, soziale und/oder juristische Unterstützung benötigen.

Für dieses Programm gilt eine Reihe von Kriterien und Bedingungen, unter denen eine Unterstützung gewährt werden kann:

- Die betroffenen Personen sind direkte oder indirekte Opfer von Folter oder von dieser bedroht.
- Die Unterstützung muss Dringlichkeitscharakter haben.
- Eine Mitgliedsorganisation des Netzwerks SOS-Torture muss den jeweiligen Fall präsentieren und für ihn sozusagen bürgen, d.h. sie muss die Richtigkeit der übermittelten Informationen und Tatsachen wie auch die sachgerechte Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel nachweisen (gibt es in dem betreffenden Land kein Netzwerkmitglied, wendet sich die OMCT an die Mitglieds-NROs in der jeweiligen Region, damit diese den Kontakt zu einer ihnen bekannten Organisation herstellen können).

- Die Behandlung der einzelnen Fälle und die Art der dafür gewünschten Unterstützung müssen von den jeweils zuständigen Experten (Ärzten, Anwälten oder sonstigen Spezialisten) bestätigt werden.

## Aktivitäten

Seit der Schaffung des Nothilfefonds im Jahre 1986 hat die Anzahl der Unterstützungsgesuche stetig zugenommen; daraus erhellt, dass dieses Programm einem echten Bedürfnis entspricht, das anderweitig nicht abgedeckt ist. Einen guten Eindruck davon vermittelt die Entwicklung der Anzahl der vom Internationalen Sekretariat der OMCT bearbeiteten Fälle: 28 in 1996 (221 Opfer), 44 in 1997 (142 Opfer), 39 in 1998 (188 Opfer), 52 in 1999 (198 Opfer), 64 in 2000 (233 Opfer), 66 in 2001 (156 Opfer) und 56 in 2002 (115 Opfer) [siehe die Statistiken auf Seite 44].<sup>1</sup>

Dass die Zahl der Fälle und der Opfer für 2002 rückläufig war, ist nicht auf weniger Unterstützungsgesuche, sondern vor allem auf deutlich geschrumpfte Zuwendungen seitens der Geldgeber zurückzuführen.

<sup>1</sup> - Ein Fall kann mehrer Opfer umfassen.



## Nothilfeprogramm für Folteropfer

Abgesehen von der zahlenmässigen Entwicklung hat die Unterstützung durch die OMCT in jedem Fall die Lage der Opfer verbessert, ja, einigen sogar das Leben gerettet. Manche Opfer, deren körperliche und geistige Gesundheit schweren Schaden genommen hatte, konnten sich dank der Unterstützung physisch und psychisch von der erlittenen Folter erholen: Für sie wurden die Kosten für den Transport in ein auf Folteropfer spezialisiertes Behandlungszentrum übernommen, zum Teil auch diejenigen einer für die Rehabilitation unerlässlichen Operation usw. Dank juristischer Unterstützung wurde manchen Opfern politisches Asyl gewährt, andere erhielten eine finanzielle Beihilfe, um ein Verfahren zwecks Wiedergutmachung und Entschädigung für die erlittene Folter zu betreiben, und bei wieder anderen ging es darum, sie ausser Reichweite der schweren auf ihnen lastenden Bedrohungen zu bringen, um zu verhindern, dass sie nicht erneut gefoltert, oder gar ohne Verfahren hingerichtet wurden oder einfach verschwanden.

In den letzten Jahren und namentlich 2002 hat die praktische Durchführung des Nothilfeprogramms für Folteropfer komplexere Formen angenommen und einen Wandel von reiner Unterstützung zu einer mehr gesamthaft orientierten Problembewältigung durchgemacht; dadurch entstand eine intensive Interdependenz mit den anderen OMCT-Programmen, und es wurden insbesondere Synergien mit dem Programm Sondermassnahmen geschaffen.

Im Rahmen des Programms arbeitet die OMCT aktiv mit dem UN-Komitee gegen Folter zusammen. In allen vorgelegten Berichten wird zunächst festgestellt, dass die Opfer keine legalen Möglichkeiten haben, um Wiedergutmachung zu erlangen, sodann eine Reihe von Anregungen gegeben, um diesem Mangel abzuwehren, und schliesslich identifiziert, welche Einrichtungen den Folterern Straffreiheit garantieren. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der UN-Einrichtungen, die vielfach aus Anregungen in OMCT-Berichten übernommen wurden, sind unerlässliche Instrumente für die Lobbytätigkeit der NROs vor Ort, da sie die betroffenen Staaten häufig auffordern, neue Gesetze zu verabschieden und eine sozialverträgliche Politik für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich Folter, zu betreiben. Es besteht daher eine sehr enge Beziehung zwischen diesen normativen Aktivitäten und der Nothilfe für Folteropfer.

Selbstverständlich muss Opfern in dringenden Fällen eine den körperlichen oder geistigen Verletzungen angemessene Unterstützung zuteil werden, doch ist auch sicherzustellen, dass sie Wiedergutmachung erfahren. Darunter fallen Rehabilitation, angemessene Entschädigung und Wiedereingliederung in das soziale Umfeld ebenso wie die Bestrafung der Schuldigen. In diesem Zusammenhang wurden übrigens während des abgelaufenen Jahres mehrere Klagen im Namen von Folteropfern vor dem Komitee gegen



# Nothilfeprogramm für Folteropfer

Folter und dem Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen voruntersucht, eingereicht oder angestrengt.

## Herausforderungen und Schwierigkeiten

Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Nothilfeprogramm ergaben sich in erster Linie bei den Finanzen. Im abgelaufenen Jahr musste die OMCT auf die Unterstützung durch einen bedeutenden Geldgeber verzichten, obwohl dieser selbst das Programm äusserst positiv evaluiert hatte; damit entfiel die Bürgschaft für mehr als die Hälfte des Nothilfebudgets. So war bei der Zahl der bearbeiteten Fälle und der Opfer ein Rückgang festzustellen, der jedoch durch Rückgriff auf punktuelle Unterstützung eingeschränkt werden konnte.

Weitere Schwierigkeiten – hauptsächlich aufgrund der Unmöglichkeit, alle Unterstützungsgesuche zu erfüllen – waren darauf zurückzuführen, dass manche Gesuche den sehr strengen Kriterien für Nothilfe nicht entsprachen und daher nicht berücksichtigt werden konnten, obwohl eine eindeutige Notlage erkannt worden war. So sah sich die OMCT mit einer starken Zunahme der Nothilfesuche von Personen konfrontiert, die sich vor Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent in Sicherheit bringen wollten. Die Bearbeitung dieser von

Einzelpersonen und nicht von Mitglieds-NROs des Netzwerks SOS-Torture eingereichten Gesuche verursachte viel Arbeit mit der Überprüfung der Behauptungen. Und eine ganze Reihe der Gesuche konnte nicht akzeptiert werden, da sie die im Programm definierten Kriterien nicht erfüllten. Aber in allen Fällen, in denen der Eindruck gewonnen wurde, dass den Opfern geholfen werden müsste, bemühte sich die OMCT gemeinsam mit den einschlägigen Einrichtungen und Organisationen, darunter 261 Mitglieder des Netzwerks SOS-Torture, um eine Lösung für offensichtliche Notlagen.

Unter finanziellen Aspekten wird 2003 in allen Punkten dem Vorjahr gleichen: Es müssen intensive Anstrengungen bei der Suche nach Ressourcen gemacht werden, um die Mindestfinanzierung des Projekts zu gewährleisten und 150 Opfer unterstützen zu können (die Zahl richtet sich natürlich auch danach, wie viele Gesuche von den Mitglieds-NROs des Netzwerks SOS-Torture eingereicht werden).



# Programm Kinderrechte

## Sinn und Zweck

Seit ihrer Gründung Mitte der achtziger Jahre hat die OMCT immer mehr Anzeigen dokumentiert, in denen es um schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen an Kindern ging. Auf Betreiben der OMCT-Generalversammlung wurde dann 1991 das Kinderrechtsprogramm ins Leben gerufen. Ziel dieses Programms ist der Schutz der Kinder vor Folter und Gewalttätigkeit aller Art gemäss den Bestimmungen in der Internationalen Kinderrechtskonvention, die 1989 verabschiedet und von nahezu allen Staaten ratifiziert wurde.

## Höhepunkte

### *UN-Menschenrechtskommission: OMCT an der Spitze der NRO-Koalition zur Kinderrechtsförderung*

Während der Tagung der UN-Menschenrechtskommission vom 18. März bis 26. April 2002 entfaltete die OMCT eine intensive Lobbytätigkeit, deren vorrangige Ziele in der im November 2001 anlässlich der internationalen Konferenz der OMCT verabschiedeten Erklärung von Tampere festgeschrieben worden waren. In diesem Sinn wurden enge Kontakte namentlich zu den lateinamerikanischen Staaten geknüpft, denen es in jenem Jahr oblag,

den Entwurf der Kinderrechtsentschliessung vorzulegen. In ähnlicher Weise wurde auch vorgegangen in Verbindung mit den Entschliessungen über das Recht auf Ausbildung und über die Rechtsprechung für Minderjährige.

Unter den von der OMCT unterstützten Abänderungsanträgen wurde von der Menschenrechtskommission die Anregung aufgegriffen, der UN-Generalsekretär möge einen unabhängigen Sachverständigen bestellen, um eine erschöpfende Untersuchung über Gewalt an Kindern durchzuführen. Zweck der Untersuchung ist es, konkrete Massnahmen zu empfehlen, um dieses Phänomen wirksam zu bekämpfen.

### *Ausserordentliche Sitzung der Vereinten Nationen zum Thema Kinder (8.-10. Mai 2002): Kaum Resultate*

Die den Kindern gewidmete ausserordentliche UN-Generalversammlung fand vom 8. bis 10. Mai 2002 in New York statt. Über siebzig Staatschefs waren nach New York gekommen, um die Situation der Kinder auf der ganzen Welt zu evaluieren und den neuen Aktionsplan "Eine Welt, die ihrer Kinder würdig ist" zu verabschieden. Trotz intensiver Verhandlungsbemühungen seitens der NROs und namentlich der OMCT ist dieses Dokument immer noch recht



## Programm Kinderrechte

enttäuschend insofern, als es im Wesentlichen bereits früher formulierte Verpflichtungen übernimmt und viel zu schwache Beobachtungsmechanismen vorschlägt. Die OMCT hat sich ganz besonders dafür eingesetzt, dass der Aktionsplan unmissverständlich auf den Vorschriften der Kinderrechtskonvention gründet. Zu den Punkten, für welche die OMCT gefochten hat, zählt die Notwendigkeit, Kinder vor Folter zu schützen und für sie eine Rechtsprechung zu schaffen, die ihre spezifischen Menschenrechte und ihre Würde achtet. Ferner werden in dem Aktionsplan die Staaten aufgefordert, das Verbot der Todesstrafe für Verbrechen zu respektieren, die von Personen unter achtzehn Jahren begangen worden sind.

### *Vorlage des Abschlussberichts der Konferenz von Tampere*

Am 3. September 2002 wurde der Abschlussbericht der internationalen OMCT-Konferenz über Kinder, Folter und sonstige Formen der Gewalt anlässlich diverser Pressekonferenzen offiziell präsentiert, die gleichzeitig in den acht Ländern Bahrain, Indien, Israel/Palästina, Kolumbien, Peru, Philippinen, Senegal und Schweiz stattfanden. In diesem Bericht, der beim Internationalen Sekretariat der OMCT in englischer, französischer und spanischer Sprache zur Verfügung steht, werden eine Erklärung und regionale Aktionspläne vorgeschlagen, mit deren Hilfe Folter und Gewalt gegen Kinder beseitigt werden sollen.

### *Dringlichkeitsappelle*

Auch 2002 sind bei der OMCT weiterhin regelmässig Informationen über besonders schwerwiegende Verletzungen gegenüber Kindern in allen Weltregionen eingegangen und haben die Verbreitung von 47 Dringlichkeitsappellen betreffend 23 Länder ausgelöst.

Kinder sind Opfer von Folter und Misshandlungen in Ländern mit sehr unterschiedlichem historischem, ökonomischem, sozialem und kulturellem Hintergrund. Interveniert hat die OMCT im abgelaufenen Jahr namentlich in Russland, Usbekistan und Kirgisistan sowie in Nepal, Bangladesch und Sri Lanka, um Folter und andere Misshandlungen an Kindern anzuprangern, die – häufig um Geständnisse von nicht begangenen Verbrechen herauszupressen - von der Polizei festgehalten werden. In Iran und Sudan hat die OMCT körperverletzende Züchtigung wie Amputation und Auspeitschung wie auch die Todesstrafe nachdrücklich verurteilt.

Aussergerichtliche Hinrichtungen von Strassenkindern – zuweilen in grösserem Umfang – zählten 2002 namentlich in Nicaragua, Honduras und Guatemala zu den am meisten beunruhigenden Erscheinungen. Kinder werden häufig unter grausamen und unmenschlichen Bedingungen <in Haft gehalten, die zuweilen folterähnliche Formen annehmen. So hat die OMCT auf den Philippinen die Situation von vier Kindern angeprangert, die täglich während 23 Stunden in einer



## Programm Kinderrechte

winzigen, überhitzten Zelle eingesperrt waren und unter erbärmlichen hygienischen Bedingungen auf dem Boden schlafen mussten, schliesslich aber freigelassen wurden. Den Kinderrechten widersprechende Haftbedingungen wurden auch in Spanien und Israel angeprangert.

### *Beiträge zu den Aktivitäten des UN-Kinderrechtskomitees*

#### *Alternativberichte*

2002 wurden dem Kinderrechtskomitee neun Alternativberichte (Spanien, Schweiz, Tunesien, Argentinien, Sudan, Ukraine, Tschechische Republik, Haiti und Italien) vorgelegt, die auch den Mitgliedern des Komitees mündlich vorgetragen wurden. Zweck dieser Berichte ist es, Lücken in der nationalen Gesetzgebung im Hinblick auf die internationalen Verpflichtungen aufzuzeigen, welche die betreffenden Regierungen bezüglich des Kinderrechtsschutzes eingegangen sind, sowie diesen Verpflichtungen widersprechende Massnahmen und Verhaltensweisen anzuprangern.

In mehreren Berichten wird nachgewiesen, dass – zumeist auf Polizeistationen oder in Haftanstalten – Folter und andere Misshandlungen immer noch gang und gäbe sind. Angeprangert hat die OMCT u.a. sexuelle Übergriffe, Schläge auf empfindliche

Körperteile, Berühren mit brennenden Zigaretten, Stehen in praller Sonne, Nahrungs - und Schlafentzug sowie Isolationshaft. Ferner wurden von der OMCT die inakzeptablen Haftbedingungen der Kinder kritisiert: häufig gemeinsam mit Erwachsenen oder in überfüllten Räumlichkeiten unter katastrophalen hygienischen Bedingungen mit beschränkter oder gar nicht vorhandener medizinischer Grundversorgung. Auch Erziehungs - oder Ausbildungsmassnahmen sind nur selten gewährleistet.

Kinderhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung oder der Zwangsarbeit ist ebenfalls ein äusserste Besorgnis erregender Tatbestand, auf den die OMCT in mehreren Berichten hingewiesen hat. Ukraine und Tschechische Republik sind bevorzugte Ursprungs - oder Transitländer für diesen erbärmlichen Menschenhandel. Aber die OMCT brandmarkte auch die Haltung von Behörden in Zielländern, die - wie in Italien - dazu neigen, diese Kinder als illegale Einwanderer und nicht wie Opfer schwerwiegenden Missbrauchs zu behandeln.

In Spanien verurteilte die OMCT erneut die Festnahme und Ausweisung von Strassenkindern marokkanischer Herkunft (aus den Exklaven Ceuta und Melilla) sowie in der Schweiz die Möglichkeit, minderjährige Asylbewerber, deren Antrag abgewiesen wurde, ab einem Alter von fünfzehn Jahren in Abschiebehaft zu nehmen.



## Programm Kinderrechte

### ***Beitrag zum Tag der Generaldebatte über Privatisierung der Dienstleistungen und Kinderrechte***

Seinen Diskussionstag 2002 widmete das Kinderrechtskomitee den Auswirkungen der Privatisierung der Dienstleistungen auf die Rechte der Kinder. In ihrem Beitrag unterstrich die OMCT die Gefahren der Privatisierung der Haftanstalten für Minderjährige und der Organe für öffentliche Ordnung.<sup>2</sup>

### ***Offener Brief zur Praxis der Amputation, Steinigung und Auspeitschung***

Amputation, Steinigung und Auspeitschung sind als Formen der körperverletzenden Züchtigung in diversen Staaten immer noch zulässig. Das Kinderrechtskomitee kritisierte daher diese Praktiken, die es als grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafen erachtet. In einem am 20. August verbreiteten offenen Brief forderte die OMCT, das Komitee möge seine Verurteilung verschärfen und

unmissverständlich klar machen, dass Amputation, Steinigung und Auspeitschung in den schwersten Fällen eindeutige Foltermassnahmen darstellen.

### **Herausforderungen und Schwierigkeiten**

Auf der Grundlage der anlässlich der internationalen Konferenz der OMCT im November 2001 verabschiedeten Erklärung von Tampere wurden auch 2002 die Kampagne für die Bestellung eines UN-Sonderberichterstatters zum Thema Gewalt gegen Kinder fortgeführt und zahlreiche diesbezügliche Kontakte zu den Mitgliedstaaten der UN-Menschenrechtskommission hergestellt. Trotz mehrerer positiver Vorgutachten wurde das Projekt letztendlich nicht übernommen, da die meisten Staaten es vorzogen, vor der Verabschiedung neuer Durchführungsmechanismen die Schlussfolgerungen der von den Vereinten Nationen veranlassten Studie abzuwarten.

---

<sup>2</sup> - Das Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der OMCT hat anlässlich dieser Intervention den Vorrang der Menschenrechte vor Handelsvereinbarungen unterstrichen und speziell die Privatisierung der Versorgung mit Wasser, Gesundheit und Bildung behandelt.





# Programm Frauenrechte: Eine Strategie auf drei Ebenen

Um dem verstärkten Bewusstsein für das Problem der Gewalt gegen Frauen Rechnung zu tragen, hatte die OMCT 1996 ein Programm mit dem Ziel aus der Taufe gehoben, die geschlechtsspezifischen Ursachen wie auch die Auswirkungen von Folter und Gewalt in anderer Form auf Frauen zu analysieren.

Mit der auf drei Ebenen konzipierten Strategie wird bezweckt, Folter und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen vorzubeugen und auf diese zu reagieren durch Aktivitäten mit dem Ziel, bei den nationalen, regionalen und internationalen Einrichtungen für Förderung und Schutz der Menschenrechte den geschlechtsspezifischen Aspekt und die Frauenrechte bestmöglich zu integrieren. Die drei Aktivitäten, die für die Umsetzung dieser Strategie in der Praxis entwickelt wurden, sind Verbreitung von Dringlichkeitsappellen zum Thema Gewalt gegen Frauen sowie Vorlage von Alternativberichten über Gewalt gegen Frauen vor dem Komitee für die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen und vor den fünf wichtigsten Organen zur Überwachung der Anwendung der Abkommen der Vereinten Nationen.

## Aktivitäten

### *Dringlichkeitsappelle zur Gewalt gegen Frauen*

Der Versand von Dringlichkeitsappellen zu spezifischen Fällen von Gewalt gegen Frauen ist seit 1996 Bestandteil der OMCT-Strategie. In 2002 wurden 25 einschlägige Dringlichkeitsappelle betreffend über fünfzig Frauen und Mädchen in acht Ländern verbreitet. Die Appelle wurden systematisch versandt an alle Mitglieder des Netzwerks SOS-Torture, an Organisationen, die sich um die Grundrechte der Frauen kümmern, sowie an internationale und regionale Menschenrechtseinrichtungen (z.B. Sonderberichterstatter über Folter und über das Problem der Gewalt gegen Frauen in Genf bzw. Sonderberichterstatter über Frauenrechte der Afrikanischen Menschenrechts- und Völkerrechtskommission. Die Zusammenarbeit mit der UN-Kommission für das Statut der Frau mittels Vorlage von Mitteilungen über Gewalt gegen Frauen wurde 2002 stark intensiviert.

Zahlreiche Appelle und Mitteilungen, die 2002 von der OMCT verbreitet wurden, bezogen sich auf körperliche Züchtigung oder Todesstrafen für Frauen in Nigeria und Sudan wegen Ehebruchs oder ausserehelichen Geschlechtsverkehrs. Besonders beunruhigt ist die OMCT über die jüngste Zunahme solcher Fälle; sie protestierte daher



## Programm Frauenrechte: Eine Strategie auf drei Ebenen

nachdrücklich gegen Praktiken wie Steinigung und Auspeitschung, die sie als vom internationalen Recht geächtete Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung betrachtet. Ferner betonte die OMCT, in den meisten Fällen würden Frauen zu derartigen Strafen verurteilt, weil sie von den Rechtspflegeorganen diskriminiert werden.

### *Vorlage von Alternativberichten über Gewalt gegen Frauen vor dem UN-Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW)*

Alternativberichte zu diesem Thema wurden 2002 von der OMCT dem CEDAW über die vier Länder Sri Lanka, Tunesien, Sambia (mit Konsultation der nationalen Menschenrechts-NROs) und Griechenland (Abfassung in Zusammenarbeit mit dem "Greek Helsinki Monitor") vorgelegt. Die Auswahl der Berichte erfolgte in Abhängigkeit der vom Komitee überprüften Länder, aber auch der landesspezifischen Situation und der Verfügbarkeit zuverlässiger Informationen.

Das Programm Gewalt gegen Frauen war aktiv an der Junisitzung des Komitees zur Beseitigung der Diskriminierung gegen Frauen beteiligt und veranstaltete in diesem Rahmen Informationstreffen über die Berichte aus Tunesien und Sambia.

### *Vorlage von Alternativberichten über Gewalt gegen Frauen vor den wichtigsten Überwachungsorganen für die Anwendung von UN-Abkommen*

2002 legte die OMCT diesen Organen insgesamt zehn Alternativberichte vor, davon zwei über Togo und Jemen vor dem Menschenrechtskomitee, zwei über Moldau und Sudan vor dem Kinderrechtskomitee, zwei über die Tschechische Republik und Polen vor dem Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, einen über Kroatien vor dem Komitee für die Beseitigung der Rassendiskriminierung und drei über Spanien, Usbekistan und Venezuela vor dem Komitee gegen Folter.

Jeder einzelne Bericht wurde in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Menschenrechts-NROs abgefasst. Besonders zufrieden war die OMCT darüber, dass sie den Besuch eines togolesischen Forschers organisieren konnte, der auf der Oktobersitzung des Menschenrechtskomitees Informationen über Gewalt gegen Frauen mitgeteilt hat. Die Mitarbeiterinnen des Programms Frauenrechte haben ausserdem die wichtigsten Ergebnisse der diversen Berichte auf Informationstreffen präsentiert, die von den Organen zur Überwachung der UN-Abkommen veranstaltet wurden.



# Programm Frauenrechte: Eine Strategie auf drei Ebenen

## Ergänzende Aktivitäten 2002

Anlässlich der 58. Sitzung der Menschenrechtskommission lud die OMCT zu einem Rundtischgespräch über Gewalt gegen Frauen in Haft, an dem folgende Persönlichkeiten teilgenommen haben: Theo van Boven, UN-Sonderberichterstatter über Folter, Charlotte Lindsey, verantwortlich für das IKRK-Projekt Frauen im Krieg, Jacqueline Moudeina von der Tschadischen Menschenrechtsvereinigung, die den Prix Martin Ennals 2002 gewonnen hatte, und Augustín Jiménez Cuello vom "Comité de Solidaridad con los Presos Políticos de Colombia". Die Diskussion mit grosser Publikumsbeteiligung berührte zahlreiche Themen wie den rechtlichen Schutz von Frauen vor Gewalt in der Haft, die geschlechtsspezifischen Ursachen und Folgen von Gewalt gegen inhaftierte Frauen, Rechtsmittel und Wiedergutmachung für weibliche Gewaltopfer und die Formulierung von Empfehlungen für einen wirksameren Schutz inhaftierter Frauen. In die Empfehlungen gingen die auf Konsolidierung und Intensivierung der zunehmend engen Zusammenarbeit abzielenden Strategien ein, die sich zwischen den verschiedenen internationalen, regionalen und nationalen Einrichtungen für Förderung und Schutz der Menschenrechte (einschliesslich der UN-Sonderberichterstatter über Folter und zum Problem der Gewalt gegen Frauen) unter dem Aspekt der Gewalt gegen Frauen entwickeln.

Abgesehen von den Aktivitäten während der Tagung der UN-Menschenrechtskommission intervenierte das Programm Gewalt gegen Frauen auf folgenden Foren: UN-Unterkommission für Förderung und Schutz der Menschenrechte, Arbeitsgruppe Aktuelle Formen der Sklaverei, internationale Konferenz über Strategien für den Umgang mit Ehrenverbrechen, veranstaltet vom "Centre for Islamic and Middle Eastern Law" und "Interights", Seminar über die Rechte der Mädchen unter der Ägide des Internationalen Kinderrechtsinstituts, Gipfel 2002 der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), "Human Dimension Implementation", Afrikanische Menschenrechts- und Völkerrechtskommission und Frauenrechtsseminar des Menschenrechtsnetzwerks Europa-Mittelmeer.



## Programm Frauenrechte: Eine Strategie auf drei Ebenen

### Herausforderungen und Schwierigkeiten

Trotz deutlicher Fortschritte mit der Einbindung von geschlechtsspezifischem Aspekt und Frauengrundrechten in die Arbeit der nationalen, regionalen oder internationalen Einrichtungen für Förderung und Schutz der Menschenrechte muss weiterhin betont werden, dass noch viel zu tun bleibt und das bisher auf diesem Gebiet Erreichte ohne weiteres wieder in Frage gestellt oder gar zunichte gemacht werden kann.

Ein besonders frappierendes Beispiel für die Labilität des Erreichten bezüglich des geschlechtsspezifischen Aspekts trat auf der 58. Sitzung der Menschenrechtskommission zu Tage, auf der aufgrund finanzieller Zwänge beschlossen wurde, die Tagesordnungspunkte betreffend die Einbindung der Grundrechte der Frau und des geschlechtsspezifischen Aspekts (Punkt 12) mit den kinderrechtlichen Fragen (Punkt 13) zusammenzulegen und gleichzeitig die Redezeit der Sonderberichterstatter wie der Nichtregierungsorganisationen zu kürzen. Das führte dazu, dass die Einbindung der Frauengrundrechte und des geschlechtsspezifischen Aspekts nur mit wenig Aufmerksamkeit seitens der Kommission bedacht wurde – ein Hinweis darauf, dass dieses Thema keinen Vorrang mehr genießt.



# Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

## Die Ursprünge des Programms

Seit 1988 wird die Problematik im Zusammenhang mit dem Genuss wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte in die Arbeit der OMCT einbezogen. Ihre Untersuchung, die 1989 zur ersten Tagung des UN-Programms für Entwicklungsländer ('Less Developed Countries') veröffentlicht wurde, und eine Dokumentation von Fällen der Mitglieder des Netzwerks SOS-Torture liessen zwei konvergierende Trends erkennen: 1) Folter und andere Verletzungen, die zum Aufgabenbereich der OMCT gehören, sind immer häufiger die Folge zunehmender sozialer Spannungen, die vielfach zu gewalttätigen Konfrontationen führen. 2) Die überwältigende Mehrheit der Opfer von Folter oder anderen Verletzungen, die zum Aufgabenbereich der OMCT gehören, sind Angehörige der ärmsten Bevölkerungsgruppen.

Die OMCT ist sich dieses Tatbestands wohl bewusst und auch fest entschlossen, ihre Aktivitäten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu intensivieren, stiess aber bei ihren Bemühungen um die Umsetzung in der Praxis auf zahlreiche – hauptsächlich finanzielle - Schwierigkeiten. Angesichts eines gewissen Unverständnisses seitens der Geldgeber gegenüber entsprechenden Aktivitäten musste die OMCT jedoch in den neunziger Jahren ihr Engagement in diesem Bereich auf punktuelle Aktionen,

Ad-hoc-Konsultationen und eng gefasste Forschungsarbeiten beschränken. Erst 2000 und ohne irgendeine dedizierte Finanzierung beschloss der Vollzugsrat, im Rahmen des Internationalen Sekretariats der OMCT ein ständiges Programm für diesen Problembereich zu schaffen.

## Höhepunkte 2002

***UN-Menschenrechtskommission: Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (PIDESC)***

Während der 58. Sitzung der Kommission drängte die OMCT gemeinsam mit anderen Organisationen, die in diesem Bereich engagiert sind, auf die Schaffung einer Arbeitsgruppe mit der Aufgabe, die Frage eines Fakultativprotokolls zum PIDESC zu untersuchen. Durch dessen Verabschiedung würde auf internationaler Ebene eine Berufungsmöglichkeit für Einzelkläger eröffnet, die Opfer der Verletzung von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Rechten geworden sind und vor nationalen Gerichten keine Wiedergutmachung erreichen konnten.



# Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

## Aktivitäten

### *Dringlichkeitsappelle "Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte"*

In 2002 verschickte die OMCT 51 Appelle betreffend Handlungen, die möglicherweise wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Rechte verletzen. Die in englischer und spanischer Sprache abgefassten und verbreiteten Appelle bezogen sich auf 1970 Einzelpersonen und 41 Gruppen in 18 Ländern.

Ein grosses Problem – namentlich in Griechenland, Indien, Israel, Jugoslawien und auf den Philippinen – bleiben die Fälle von Zwangsausweisung und Häuserabriss, die häufig mit grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung einhergehen. Auch Umsiedlungen in grossem Massstab, wie sie in Indien und Pakistan aufgrund von Entwicklungsprojekten stattgefunden haben, sind äusserst beunruhigend. In solchen Fällen gab es weder angemessene Entschädigungen noch Unterstützung bei der Wiederansiedlung der betroffenen Bevölkerungsgruppen, vielfach hingegen heftige Repression mit übertriebener Gewaltanwendung, Schlägen und willkürlichen Verhaftungen. Sehr verbreitet waren 2002 auch die Verletzungen der Gewerkschafts-, Arbeits- und Streikrechte. Die OMCT intervenierte bei einschlägigen Fällen in der Demokratischen Republik

Kongo, in Kolumbien, Mauretanien, Israel sowie in der Republik Korea und in Simbabwe, wo die Eingriffe in die genannten Rechte vielfach Hand in Hand gingen mit willkürlicher Verhaftung, Todesdrohungen, Verschwindenlassen, Einschüchterung und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. Über die gewalttätige Unterdrückung jeglicher Demonstration mit der Forderung nach Verbesserung der sozialen Lage, aber auch über Wellen von Gewalt und Repression bei unversöhnlichen Konflikten über die Verteilung von Land wurde während des ganzen Jahres berichtet aus Argentinien, Aserbaidschan, Ecuador, Indien, Mongolei, Pakistan, Venezuela und Nigeria. Ferner intervenierte die OMCT – namentlich in Indien und Israel - in Fällen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung bei diskriminierender Praxis betreffend die Achtung der wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Rechte (z.B. im Gesundheitswesen).

### *Vorlage von Alternativberichten vor dem UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) und vor dem UN-Komitee gegen Folter (CAT)*

Dem CESCR und dem CAT wurden 2002 drei bzw. zwei Alternativberichte (Benin, Tschechische Republik und Georgien bzw. Ägypten und Usbekistan) vorgelegt.



## Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Die Berichte über Benin, Ägypten und Usbekistan wurden in Zusammenarbeit mit folgenden Organisationen erstellt und präsentiert: Enfants Solidaires d'Afrique et du Monde – ESAM (Benin), “Legal Aid Society” - LAS (Usbekistan) et “Egyptian Centre on Housing Rights”- ECHR (Ägypten). Vertreter dieser Organisationen kamen nach Genf, um die Berichte vorzustellen und die Mitglieder der Komitees zu treffen.

Zweck der Berichte ist es, die Lücken in der nationalen Gesetzgebung wie auch die diversen – politischen, wirtschaftlichen, administrativen usw. - Hindernisse aufzuzeigen, welche die Achtung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte beeinträchtigen. Ferner liessen die Berichte u.a. das totale Fehlen dieser Rechte in den Verfassungen der betreffenden Länder erkennen und verwiesen darauf, wie schwierig, wenn nicht gar unmöglich es ist, sie oder ihre Einhaltung vor den nationalen Gerichten einzufordern. In der Dreiergruppe der Berichte ist auch festzustellen, dass der Übergang zur Marktwirtschaft und die Einführung von Programmen der strukturellen Anpassung häufig von Einbussen bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten bestimmter Bevölkerungsgruppen begleitet waren, die aus diesem Prozess keinen Nutzen ziehen konnten.

Letztere mussten sich aus diesem Grund vielfach mit grösserer Armut abfinden und wurden wirtschaftlich, sozial und kulturell an den Rand

gedrängt. Übrigens wurde in den Berichten auch deutlich, dass Gruppen oder Regionen, die unter schweren Verletzungen dieser Rechte leiden, anfälliger für Gewalttätigkeiten (einschliesslich Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) sind oder diese eher erleiden müssen.

So heisst es in dem Bericht über die Tschechische Republik, die Diskriminierung der Rom hinsichtlich Arbeit Bildung und Wohnung vertiefe tendenziell die Vorurteile gegenüber diesen Menschen, was wiederum ihre Anfälligkeit für Gewalttätigkeiten seitens Privatpersonen oder der Polizei erhöhe. Ähnliches wird aus Benin berichtet, dass nämlich einerseits die Verletzung des Rechts auf Arbeit und Bildung von grosser Bedeutung für den Kinderhandel ist und andererseits dieses Phänomen vornehmlich auf die rückständigsten Landesteile zutrifft.

Die Berichte für das CAT befassen sich mit der Beziehung zwischen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten einerseits und Folter und sonstiger grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Bestrafung und Behandlung andererseits. Anders gesagt, es gilt, die Beziehung zwischen Ursache und Wirkung dieser verschiedenen Rechtsinstitute und die Faktoren zu analysieren, anhand derer bestimmte Verletzungen der wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Rechte als eine Art der grausamen, unmenschlichen oder



## Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

erniedrigenden Behandlung angesehen werden (entwickelt auf der Basis der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte).

In dem Bericht über Usbekistan wird auf die Sondersituation der Strassenkinder, der Kinder, die arbeiten, und der Wanderarbeiter eingegangen und unterstrichen, wie die Verletzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sie anfällig gemacht hat für die diversen Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. Ebenfalls untersucht wird der Zusammenhang zwischen Armut, religiösem Fundamentalismus und staatlicher Repression am Beispiel des Ferghana-Tals und der Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen. Der Ägypten-Bericht merkt an, dass die Politik der Wohnraumzerstörung und der Vertreibung ebenfalls eine Art der grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung darstellt angesichts der angewendeten Methoden, der Art und Weise der Durchführung von Abriss und Vertreibung, der Verfassung der Opfer und der Lage, in der sie sich nachher wiederfinden.

### **Globalisierung und Menschenrechte**

Auch im abgelaufenen Jahr beschäftigte sich die OMCT weiter mit der Frage der Globalisierung der Menschenrechte. Dies geschah

namentlich im Zusammenhang mit den Aktivitäten transnationaler Konzerne und anderer Grossunternehmen, mit den Handelsvereinbarungen und mit den internationalen Finanzinstitutionen. Über ihre Interventionen auf verschiedenen Foren konzentrierte die OMCT ihre Bemühungen darauf, im Handel für die Achtung der Menschenrechte zu plädieren und diese in die Definition und Durchführung der Politik und Programme der internationalen Finanzinstitutionen einzubeziehen sowie eine obligatorische Einrichtung zur Regulierung der Aktivitäten transnationaler Unternehmen unter durchgängiger Respektierung der Menschenrechte zu erarbeiten. In diesem Sinn betonte die OMCT besonders nachdrücklich den Vorrang der Menschenrechte, das Prinzip der Nichtrückkehr zu einem Status quo ante, die Verantwortung aller Beteiligten sowie das Recht auf Berufung und angemessene Wiedergutmachung für alle in ihren Rechten benachteiligten Personen.

### *Beitrag zur Generaldebatte des UN-Kinderrechtskomitees über "Der private Sektor als Dienstleister und seine Rolle in der Anwendung der Kinderrechte"*

In ihrem Beitrag unterstrich die OMCT nachdrücklich den Vorrang der Menschenrechte vor Handelsabkommen und erinnerte namentlich an den derzeitigen Rahmen der Menschenrechte hinsichtlich



## Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Basisdienstleistungen wie der Versorgung mit Bildung, Trinkwasser und Gesundheit.<sup>3</sup>

### *Beitrag zur Generaldebatte des UN-Komitees für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte über das Projekt Allgemeine Beobachtung des Rechts auf Wasser*

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Rechts auf Wasser und der Einführung seiner allgemeinen Beobachtung verwies die OMCT insbesondere auf die Spannungen, die auf der Ebene staatlicher Verpflichtungen entstehen können zwischen der Einführung des Nichtdiskriminierungsprinzips aufgrund des internationalen Rechts, das die Menschenrechte betrifft, und seiner Anwendung im internationalen Handelsrecht.

### *Beitrag zum Sozialforum der Unterkommission für Förderung und Schutz der Menschenrechte*

Auf der NRO-Vorbereitungstagung für das Sozialforum hat die OMCT als besonderen Beitrag zu dessen Diskussionen und Arbeiten in

Zusammenarbeit mit “Friends of the Earth International” einen Workshop zum Thema Liberalisierung des Dienstleistungshandels und Menschenrechte koordiniert.

### *Beitrag zur Arbeitsgruppe Arbeitsmethoden und Aktivitäten transnationaler Unternehmen der Unterkommission für Förderung und Schutz der Menschenrechte*

Die OMCT leistete einen aktiven Beitrag zur Ausarbeitung des Normenentwurfs für die menschenrechtliche Verantwortung transnationaler Unternehmen und sonstiger Konzerne und zur Definition der einschlägigen Anwendungsmechanismen. Betont wurde dabei die Notwendigkeit, ein obligatorisches Instrument zu schaffen, das die Beendigung und Nichtwiederholung von Verletzungen sowie das Recht der Opfer auf Wiedergutmachung gewährleistet.

### *Der Prozess von Barcelona und das Abkommen EU-Mexiko*

Auf der Ministertagung Europa-Mittelmeer und dem Forum EU-Mexiko der Zivilgesellschaft behandelte die OMCT Themen zur sozialen Gerechtigkeit, zur Achtung der Gesamtheit der Menschenrechte und zur Liberalisierung von Dienstleistungshandel und Investitionen.

3 - Dieser Beitrag wurde gemeinsam mit dem Programm Kinderrechte erarbeitet.

# Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

## Herausforderungen und Schwierigkeiten

Während die OMCT seit Ende der achtziger Jahre einen unzweideutigen Standpunkt zur Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte für die Vorbeugung von Folter und ähnlichen Verletzungen vertritt, stellt sich weiterhin die Frage nach der Zweckmässigkeit eines ganzheitlichen Konzepts für die Bekämpfung der Folter. Obwohl nämlich die internationale Gemeinschaft eindeutig Stellung bezogen hat für die Unteilbarkeit und Interdependenz der Gesamtheit der Menschenrechte, herrscht leider noch immer viel zu häufig die Auffassung, dass – in Theorie und Praxis - zwischen den bürgerlichen und politischen Rechten einerseits und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten andererseits eine Trennlinie verläuft.

Diese angebliche Trennung kennzeichnet auch die Beziehung zwischen dem internationalen Recht der Menschenrechte und dem internationalen Handelsrecht. Sie und die Tatsache, dass auf Strafmassnahmen und negative Konditionierung im Namen der Menschenrechte zurückgegriffen wird, haben zur derzeitigen Abneigung der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die Aussicht auf eine Liberalisierung des Handels unter voller Berücksichtigung der Menschenrechte geführt. Die OMCT jedenfalls stiess auf enorme Schwierigkeiten bei dem Versuch, eine Debatte über dieses Thema in der WTO anzukurbeln.

---





# Programm Menschenrechtler

## Sinn und Zweck

Seit der Gründung und aufgrund ihrer Netzwerkstruktur hat die OMCT stets grosse Aufmerksamkeit dem Problem des Schutzes derjenigen gewidmet, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und anprangern und ohne die kein Opfer sich Gehör verschaffen könnte. Die OMCT war die erste Organisation, die besondere Dringlichkeitsappelle zur Vereinigungs- und Meinungsfreiheit wie auch gegen Bedrohung und Mobbing von Einzelpersonen oder Gruppen von Menschenrechtlern in Umlauf brachte und damit auf diesem Gebiet eine wichtige Neuerung einführte. Ein erster Bericht über die Situation der Menschenrechtler auf der ganzen Welt - für den Zeitraum 1992-1996 – wurde 1996 veröffentlicht, ein zweiter folgte 1997.

Im Jahre 1997 verbündete sich die OMCT mit der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH), um ein Observatorium für den Schutz der Menschenrechtler zu schaffen. Dank dieser einzigartigen Plattform kann systematisch und schnell auf Verletzungen der Rechte der Menschenrechtler reagiert werden. Über die 261 Mitglieder des Netzwerks SOS-Torture der OMCT und die 114 der FIDH angeschlossenen Ligen erreichen die beiden Organisationen zuverlässige Informationen aus den verschiedensten Quellen und ermöglichen Interventionen innerhalb kürzester Frist, sobald eine Einzelperson oder eine Vereinigung sich aufgrund ihrer Tätigkeit in

Gefahr befindet. Das Programm zielt ferner darauf ab, die am 9. Dezember 1998 von der UN-Generalversammlung verabschiedete Erklärung über die Menschenrechtler zu befördern und Schutzmechanismen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu schaffen oder zu stärken.

## Höhepunkte

### *UN-Menschenrechtskommission*

Jahr für Jahr bietet die UN-Menschenrechtskommission Gelegenheit, die wichtigsten Persönlichkeiten aus dem Bereich der Menschenrechtler zu treffen: Vertreter der einzelnen Staaten, die Sonderrepräsentantin des UN-Generalsekretärs für die Menschenrechtler und natürlich Mitarbeiter der einschlägigen NROs. Die Aktivitäten im Rahmen des Programms erstrecken sich auf die Veranstaltung von Begegnungen zwischen Menschenrechtlern einerseits und der Sonderrepräsentantin und anderen UN-Einrichtungen. Ferner gibt es auch Gelegenheit zur Überprüfung der Zusammenarbeit und zur Abstimmung der Handlungsstrategien mit den Menschenrechtlern, die an den Kommissionssitzungen teilnehmen und das Internationale Sekretariat der OMCT besuchen.



# Programm Menschenrechtler

## *Veröffentlichung des Jahresberichts "Menschenrechtler an vorderster Front"*

Dieser in englischer, französischer und spanischer Sprache erscheinende Bericht wird jedes Jahr während der Kommissionssitzungen vorgelegt. Er ist die einzige Nichtregierungsveröffentlichung, die sich ausschliesslich der Situation der Menschenrechtler auf der ganzen Welt widmet. Da er sämtliche vom Observatorium untersuchten Fälle auflistet und durch regionale Analysen zueinander in Beziehung setzt, nimmt er inzwischen den Rang eines Nachschlagewerks ein. Die 2002 veröffentlichte Ausgabe 2001präsentiert über 400 Fälle, gibt einen Überblick über die Zielgruppen und erörtert die Frage nach den Folgen der Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte.

Erstmals 2002 wurde der Jahresbericht des Observatoriums von einem Verlag veröffentlicht, der auch den Vertrieb im schweizerischen und französischen Buchhandel besorgt (über 3000 Exemplare), um die Situation der Menschenrechtler einem grösseren Publikum nahe zu bringen.

## **Aktivitäten**

### *Eilinterventionen*

Das Observatorium erfüllt Schutzwünsche von Menschenrechtlern, die bedroht oder willkürlich inhaftiert sind oder Gefahr laufen, aussergerichtlich hingerichtet zu werden, durch Eilinterventionen (164 in 2002) in Form von Dringlichkeitsappellen, bilateralen Kommunikationen und Pressemitteilungen, deren Empfänger am ehesten und besten in der Lage sind einzugreifen. Aus dem Bericht geht auch hervor, dass die Sonderrepräsentantin der mitgeteilt hat, in 80% der Fälle, in denen sie interveniert habe, sei das Observatorium die Informationsquelle gewesen. Das Observatorium will daher weiterhin seine Rolle als Schnellwarnsystem spielen und seine Aktivitäten auf eine grössere Zahl von Ländern und auf andere Kategorien von Menschenrechtlern ausweiten.

Angesichts der überaus bedenklichen Situation der Menschenrechtler in Kolumbien und ihrer ständigen Verschlechterung verbreitet das Observatorium seit Januar 2002 in Zusammenarbeit mit den kolumbianischen NROs einen monatlichen Appell in spanischer Sprache, der die festgestellten Verletzungen in den politischen Zusammenhang stellt und eine effizientere Mobilisierung der betreffenden Akteure ermöglicht.



# Programm Menschenrechtler

## *Missionen*

Neben den Einzelfällen, die Gegenstand einer Eilintervention sind, dokumentiert das Observatorium die Situation der Menschenrechtler mittels Missionen je nach den Anforderungen vor Ort. Ferner tritt es mit Beobachtungs- und Rechtshilfemissionen auf den Plan, wenn Menschenrechtler vor Gericht gestellt werden und zu befürchten steht, dass keine vollständige Gewähr für ein gerechtes Verfahren gegeben ist.

### • *Afrika*

Äthiopien (April 2002): Beobachtungsmission beim Prozess gegen Professor Mesfin Wolde Mariam und Berhanu Nega.

### • *Lateinamerika*

Brasilien (Juni 2002): Beobachtungsmission beim Prozess gegen die Mörder des Anwalts und Menschenrechtlers Francisco Nogueira Carvalho.

Brasilien (Juli 2002): Unterstützung einer Mission zur Untersuchung der Situation der Menschenrechtler im Bundesstaat Espírito Santo.

Kolumbien (August 2002): Teilnahme an einer Mission von Anwälte ohne Grenzen (ASF) zur Situation des Justizpersonals und an einem Seminar zum Thema Anwälte.

### • *Asien*

Malaysia (März 2002): Mission zur Untersuchung der Behinderung der Arbeit von Menschenrechtlern (Vereinsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Gesetzgebungsrahmen).

### • *Europa*

Türkei (Februar 2002): Beobachtung des Prozesses gegen Sezgin Tanrikulu, Repräsentant des Zentrums für die Behandlung und Rehabilitation von Folteropfern der Menschenrechtsstiftung in Diyarbakir, angeklagt der Eröffnung einer Einrichtung ohne Genehmigung und des gesetzwidrigen Besitzes von Dokumenten und des Sammelns von Informationen über die Vereinigungsfreiheit.

Russland (November 2002): Mission zur Untersuchung der Vereinigungsfreiheit mit einem ersten Besuch in Moskau.

### • *Maghreb - Nahost*

Algerien (Mai 2002): Beobachtung des Prozesses gegen Herrn Khelil, verantwortlich für das Comité SOS Disparus.

Ägypten (Dezember 2002): Beobachtung des Prozesses gegen Dr. Saad Edin Ibrahim, Direktor des Centre Ibn Khaldoun for Development Studies.

Tunesien (Juni 2002): Beobachtung des Prozesses gegen Zouhair Yahyaoui, Gründer der Website TUNeZINE über die staatsbürgerlichen Grundrechte in Tunesien.



## Programm Menschenrechtler

Tunesien (November und Dezember 2002): Mit der Internationalen Juristenkommission (CIJ) und Anwälte ohne Grenzen (ASF) gemeinsame Beobachtung des Prozesses gegen die tunesische Anwaltschaft.

### *Nothilfe*

In Zusammenarbeit mit dem Nothilfeprogramm für Folteropfer der OMCT und anderer Organisationen aus diesem Bereich konnte vierzehn gefährdeten Menschenrechtlern in der Demokratischen Republik Kongo sowie in Liberia, Tschad und Ruanda eine materielle Unterstützung gewährt werden.

### *Stärkung des internationalen und regionalen Schutzes für Menschenrechtler*

Im Rahmen der Förderung und Stärkung der internationalen und regionalen Einrichtungen zum Schutz der Menschenrechtler interveniert das Observatorium namentlich bei den Organisationen der Vereinten Nationen, der Amerikanischen Staaten, der Afrikanischen Einheit, für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und bei der Europäischen Union.

### *• Interamerikanische Menschenrechtskommission und regionale Konsultationen*

Das Observatorium verfolgt aufmerksam die Aktivitäten der im Dezember 2001 innerhalb der Interamerikanischen Kommission geschaffenen Einheit "Menschenrechtler", und zwar namentlich die Vorbereitung des Berichts, der in der Entschliessung vorgesehen ist, welche die Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten im Juni 2001 verabschiedet hat. Ihr Beitrag zeichnet sich aus durch die systematische Übermittlung von Dringlichkeitsappellen, durch regionsspezifische Berichte und Interventionen sowie durch die Aufklärung über Hindernisse, auf die Menschenrechtler in anderen Regionen der Welt stossen.

Ferner beteiligt sich das Observatorium an dem 2001 in Mexiko angeschobenen Prozess regionaler Konsultationen zur Situation der Menschenrechtler in Lateinamerika und der Karibik. Diese Konsultationen, zu denen sich Vertreter aller Länder treffen, ermöglichen eine Diagnose und die Erarbeitung von Strategien für einen besseren Schutz der Menschenrechtler. Die zweite Phase dieses Prozesses fand – nach einem Besuch der Sonderrepräsentantin – im Juli in Guatemala statt. Aufgrund seiner Mobilisierungskapazität wurde dem Observatorium, das Mitglied im Organisationskomitee für die nächste Konsultation ist, die Aufgabe übertragen, das Netzwerk der Menschenrechtler im Fall der Verletzung ihrer Rechte zu



## Programm Menschenrechtler

benachrichtigen. Dies erwies sich als ganz besonders wirksam in Panama, Honduras und Ecuador. Die Strukturierung der Menschenrechtler in einem Netzwerk ist ausschlaggebend für ihren Schutz.

- *Afrikanische Menschen- und Völkerrechtskommission*

Im Mai 2002 haben Mitarbeiter des Observatoriums die Sonderrepräsentantin des UN-Generalsekretärs nach Pretoria begleitet, damit sie vor der Kommission spreche, um für die von den NROs gewünschte Schaffung einer regionalen Einrichtung zum Schutz der Menschenrechtler zu plädieren. Und am Rand der Kommissionssitzung in Gambia fungierte das Observatorium im Oktober als Mitbetreuer eines Workshops über Menschenrechtler, der zu dem Ergebnis kam, ein ähnlicher Konsultationsprozess wie in Lateinamerika wäre für die Region sehr nützlich.

- *Europa*

Aufgrund der zunehmenden Zahl der Fälle in Osteuropa intervenierte das Observatorium auch im vergangenen Jahr wieder bei der OSZE und forderte, die Situation der Menschenrechtler möge Gegenstand einer besonderen Untersuchung werden. Es übernimmt damit eine Vorreiterrolle und hofft, von anderen nachgeahmt zu werden.

### *Mobilisierung*

Das Observatorium gibt ein Monatsbulletin in drei Sprachen heraus (englisch, französisch, spanisch), das weite Verbreitung findet und auch ins Internet gestellt wird. Es enthält einen Überblick über alle Aktionen des abgelaufenen Monats und gestattet eine bessere Information, aber schärft auch das Bewusstsein und fördert die Mobilisierung der Empfänger, vor allem der Medien.

Missionsberichte werden ebenfalls in grossem Umfang bei Zielgruppen verbreitet, die sich für die betreffende Region oder die behandelten Themen interessieren. 2002 wurden Berichte über Brasilien, Guatemala, Algerien, Tunesien und die Türkei veröffentlicht.





# Programm Menschenrechtler

## Sonstige Aktivitäten

Die OMCT zeigt regelmässig Flagge auf der Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, und zwar namentlich bei der Kommission für die Anwendung von Normen, die bei den Staaten die Einführung der von diesen ratifizierten Konventionen, vor allem derjenigen über die freie Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte, beobachtet. Die OMCT ist bestrebt, mit den Repräsentanten der Gewerkschaften zu arbeiten und darauf zu achten, dass das in zahlreichen Ländern bestehende Problem der Repression gegen Gewerkschafter stets vorrangig diskutiert wird.

## Herausforderungen und Schwierigkeiten

Vor der Entscheidung, welche Fälle vom Observatorium zu bearbeiten sind, stellt sich die Frage nach der Definition des Begriffs "Menschenrechtler". Diese Definition bestimmt nämlich die Rolle der UN-Sonderrepräsentantin und all derer, die am Schutz dieser Personengruppe beteiligt sind. Sie ist bewusst nicht erschöpfend gefasst, damit die weniger traditionellen Ausdrucksformen der Gesellschaft nicht ausgeschlossen sind, sondern ebenfalls an der Förderung und Verteidigung der Menschenrechte teilhaben können (Frauen- und Umweltschutzorganisationen, Bürgerinitiativen usw.).

Folglich macht die Definition eine Entwicklung durch. Aus diesem Grund ist auch eine permanente Analyse erforderlich unter besonderer Beachtung der Spezifität des OMCT-Mandats und muss ein deutlicher Unterschied zwischen Folteropfern und Menschenrechtlern gemacht werden. Diese Analyse, die von Fall zu Fall erfolgt, bedeutet gleichermaßen Herausforderung und Reichtum, da sie uns in den Stand versetzt, die Entwicklung in diesem ganz besonderen Bereich der Menschenrechte aufmerksam zu verfolgen.

Angesichts des immer häufigeren Durcheinanders von legitimen Menschenrechtsaktivitäten und der Gefährdung der nationalen Sicherheit im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung erinnert die OMCT an die notwendige Unterscheidung zwischen diesen beiden Begriffskomplexen und an die Risiken, welche die Menschenrechtler unter diesem Aspekt eingehen. Es ist daher von überragender Bedeutung, weiterhin die Erklärung über die Menschenrechtler zu befördern und alle nationalen und regionalen Initiativen im Hinblick auf ihre Anwendung zu ermutigen. Und nicht zuletzt müssen in Zusammenarbeit mit Menschenrechtlernetzwerken und Drittstaaten Notfallmechanismen geschaffen werden, um Menschenrechtlern zu helfen, deren Leben in Gefahr ist.

## Aktivitäten im Überblick

LAND	DRINGLICHKHEITSAPPELLE BILATERALE KOMMUNIKATIONEN	PRESSE- MITTEILUNGEN	INTERVENTIONEN BEI INT. UND REG. EINRICHTUNGEN	BERICHTE AN UN-KOMITEES	DRING.HILFE FÜR FOLTEROPFER
Ägypten	x	x	x	x	
Albanien	x				
Algerien	x	x	x		x
Argentinien	x		x	x	
Aserbaidschan	x		x		
Äthiopien			x		x
Australien	x	x			
Bahrain	x				
Bangladesch	x	x			
Bhutan					x
Bolivien	x		x		x
Brasilien	x	x	x		x
Bulgarien	x				x
Burundi	x		x		
Chile			x		
China	x	x	x		
Costa Rica	x				
Dominikan. Republik	x				
Ecuador	x	x	x		
El Salvador					x
Elfenbeinküste	x				
Georgien	x		x		x
Griechenland	x	x	x	x	
Grossbrit. & Nordirland			x		
Guatemala	x	x	x		
Guinea					x
Haiti	x		x	x	x
Honduras	x		x		
Indien	x		x		
Indonesien	x		x	x	
Irak	x		x		
Iran	x	x			
Israel	x	x	x	x	
Italien			x	x	
Jemen				x	
Jugoslawien (Serbien & Montenegro)	x		x		
Kamerun	x		x		
Kasachstan	x		x		
Kenia	x				
Kirgisistan	x	x	x		x
Kolumbien	x	x	x		x
Kongo, Demokr. Rep.	x	x	x		x
Kongo, Republik	x				
Korea, Republik	x				
Kroatien				x	
Kuba	x		x		
Laos, Dem. Volksrepublik			x		
Libanon	x				x
Liberia					x
Libyen	x	x	x		x
Madagaskar	x				
Malaysia	x	x	x		
Marokko	x	x			
Mauretanien	x				
Mazedonien, Republik	x		x		
Mexiko	x		x		x
Moldau, Republik				x	
Mongolei	x				
Myanmar (Burma)	x		x		
Namibia					x

LAND	DRINGLICHKHEITSAPPELLE BILATERALE KOMMUNIKATIONEN	PRESSE- MITTEILUNGEN	INTERVENTIONEN BEI INT. UND REG. EINRICHTUNGEN	BERICHTE AN UN-KOMITEES	DRING.HILFE FÜR FOLTEROPFER
Nepal	x		x		
Nicaragua	x		x		x
Niederlande	x				
Nigeria	x	x		x	
Oman			x		
Pakistan	x				
Palästina	x	x			
Panama	x				
Paraguay	x				
Peru	x		x		x
Philippinen	x		x		
Polen					
Ruanda	x		x	x	x
Russland			x		
Sambia			x	x	x
Saudi- Arabien			x		
Schweiz	x	x		x	x
Sierra Leone					x
Simbabwe	x		x		
Singapur	x				
Spanien	x			x	
Sri Lanka	x		x	x	
Sudan	x		x	x	x
Syrien	x		x		
Tadschikistan			x		
Tansania	x		x		
Thailand	x				
Togo				x	x
Tschad	x	x	x		x
Tschechische Republik			x	x	
Tunesien	x	x	x	x	x
Türkei	x	x	x	x	x
Turkmenistan			x		
Uganda			x		
Ukraine			x	x	
Uruguay	x				
USA	x				
Usbekistan	x		x	x	
Venezuela	x		x	x	
Vietnam	x		x	x	
Weissrussland	x		x		

Jahresbericht  
2002

Dringlichkeits  
kampagnen

LAND	Appelle	Bilaterale Interventionen	Opfer	Progr. Allg. Appelle		Kinderprogramm		Frauenprogramm		Menschenrechtler-Programm		WSKR*-Programm		Willkürliche Verhaftung/Inhaftierung		Inhaftig. ohne Bekanntgabe	
				Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer
Ägypten	14	1	76 +3gp +1org	9	74	1	1gp			3	2 +1gp +1org	1	1gp	6	74		
Albanien	2		33	2	33									1	1		
Algerien	9		10 +2gp							9	10 +2gp			3	5		
Argentinien	7	3	370 +7gp	5	308 +6gp							2	62 +1gp	3	240 + 1gp	1	8
Aserbaidschan	16	1	102 +4gp	9	102 +2gp							7	2gp	4	40		
Australien		1	1gp														
Bahrain		4	1gp														
Bangladesch	8		24 +2gp	7	23 +2gp	1	1							7	7 + 1gp	1	0
Bolivien	3		15 +1gp	1	12 +1gp					2	3			2	14		
Brasilien	5		35 +1org	4	34 +1org					1	1			1	9	1	6
Bulgarien	2		12 +1gp	2	12 +1gp									1	1		
Burundi	1		2							1	2			1	1		
China		1	1gp														
China, Volksrepublik		1	1 +1gp	1	1 +1gp									1	1		
Costa Rica	1		1 +1org							1	1 +1org						
Dominikan. Republik	2		2 +1gp	1	2	1	1gp										
Ecuador	4	1	10 +1gp + org	2	9 +1gp	1	1			1	1org			2	8	1	7
Elfenbeinküste	1		1							1	1						
Georgien	2	1	7 +1gp +2org							2	7 +1gp +2org						
Griechenland	3	2	17 +2gp	2	17 +1gp							1	1gp	1	16		
Guatemala	12		26 +1gp +12org	1	2	1	4 +1gp			10	20 +12org						
Haiti		1	1gp														
Honduras	6		2 +5gp	2	1 +2gp	3	3gp			1	1			1	1 + 1gp		
Indien	6	6	7 +7gp			1	1					5	6 +7gp	3	1 + 2gp		
Indonesien	3		5 +1org			1	1			2	4 +1org						
Irak	1		1							1	1						
Iran	8	2	178	1	170	1	3			6	5			3	109		
Israel/ Besetzte Gebiete	28	4	489 +15gp +5org	13	157 +2gp	5	31 +1gp	3	19 +1gp	1	1gp +5org	6	282 +10gp	6	12	3	4
Jugoslawien, BR	12	3	15 +5gp	4	5 +1gp	4	10					4	4gp	2	3		
Kamerun	1	1	22 +1gp	1	22 +1gp									1	14	1	22
Kasachstan	2		2							2	2			1	1		
Kenia		1	1gp														
Kirgisistan	28	2	555 +1gp+24org	21	537 +21gp	2	3			5	15 +1gp+3org			4	18	3	38
Kolumbien	55	1	650 +17gp +23org	35	470 +13gp +1org	3	6 +1gp	1	4 +1gp	12	154 +22org	4	16 +2gp	14	128 + 2gp	1	11
Kongo, Dem. Republik	24	9	227 +5gp +2org	10	194 +2gp +2org					12	25 +2gp	2	8 +1gp	12	49 + 1gp	4	14
Kongo, Republik	1		1							1	1						
Korea, Rep.	2		8 +1gp							1	1	1	7 +1gp	1	7 + 1gp		
Kuba		1	1gp														
Libanon	1	1	1	1	1												

\*WSKR: Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

gp = Menschenrechtsverletzungen an Gruppen

org = Menschenrechtsverletzungen gegenüber Nichtregierungsorganisationen

Die Dringlichkeitsappelle der OMCT betrafen auch Gruppen Zwangsverschleppter (insgesamt auf 80,000 Personen geschätzt).

Im Rahmen des Observatoriumsprogramms erfolgten insgesamt 159 Interventionen, darunter 111 Dringlichkeitsappelle (einschliesslich Appelle über 12 Monate für Kolumbien) sowie 28 bilaterale Interventionen und 20 Pressemitteilungen.

Misshandlung		Folter		Verschwindenlassen		Todesfälle in Haft		Aggression u.ä.		Ausserger. Hinrichtungen		Todesstrafe		Bedrohung und Quälerei		Ab-/Ausweisung		Freilassungen	
Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer
5	64 +2gp	5	60			2	2											3	7
1	32	1	1											1	1				
1	1gp													1	1			2	4
2	71 +1gp	2	11	1	7	1	1	3	60 +3gp	1	2			1	1				
2	18	4	6			1	1	2	66 +1gp	1	1			2	1 +1gp			4	9
2	2	6	7			4	2							2	2gp			2	3
2	14							2	14 +1gp					1	1			1	12
		2	6					1	1org	1	19			1	1				
		2	6					2	6 +1gp					1	1				
1	2																	1	1
1	1							1	1gp							1	1		
														1	1 +1org				
2	1 +1gp	2	1 +1gp											1	1				
								1	2 +1gp										
								2	7 +1gp					1	1				
1	1gp	1	1					1	5					1	1				
								1	2	2	2			5	17 +3org				
								1	1gp	4	1 +3gp								
1	1	2	2					5	6 +4gp					2	5 +1gp	2	5 +1gp		
				1	1			1	3	2	2								
														1	1				
		2	64									2	12						
11	44 +7gp	7	16 +3gp			1	1	7	408 +4gp	7	169			2	1 +1gp	2	4gp	6	6
7	9 +3gp	3	5					1	2					7	6 +3gp	3	5 +3gp	2	3
1	1	1	1			1	1							1	1gp				
								1	1										
9	345 +3gp	8	24					7	165 +9gp	2	7	1	1	11	18 +9gp + 1org			8	150 + 1gp
4	112 +1gp	8	17	26	195			10	214 +2gp +8org	24	202			24	102 +12gp +11org	2	3	3	9
5	105 +1gp	3	11	1	1	3	70	2	3 +1gp			1	17	6	14 +2gp			1	5
														1	1				
														1	1gp				
										1	1								

LAND	Appelle	Bilaterale Interventionen	Opfer	Progr. Allg. Appelle		Kinderprogramm		Frauenprogramm		Menschenrechte-Programm		WSKR*-Programm		Willkürliche Verhaftung/Inhaftierung		Inhaftig. ohne Bekanntgabe	
				Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer
Libyen	2		5 +1gp	2	5 +1gp									1	5	1	2
Madagaskar		1	1gp														
Malaysia	10	2	48 +2gp	9	47 +2gp	1	1							10	49 + 1gp		
Marokko	5	3	14 +1gp	5	14 +1gp									3	7	1	2
Mauretanien	4		4 +1gp							3	4	1	1gp	1	1		
Mazedonien, Rep.	1	1	2 +1org							1	2 +1org						
Mexiko	23		262 +2gp	12	245 +2gp	4	10			7	7			7	178	2	6
Mongolei	1		1gp									1	1gp	1	1 gp		
Myanmar	3		1	3	1									1	1	1	1
Nepal	4		16	3	14	1	2							2	12	1	5
Nicaragua	2		1 +1gp			1	1gp			1	1						
Niederlande		1	1gp														
Nigeria	13	1	10 +2gp +1org	3	2			8	3 +1gp	1	5 +1org	1	1gp	1	2		
Pakistan	6		67 +5gp +1org	1	3					1	8 +1org	4	56 +5gp	5	30 + 2gp		
Palästina	1	2	1	1	1												
Panama	1	1	1org							1	1org						
Paraguay	5		56 +3gp	3	56 +1gp	2	2gp							1	3		
Peru	4		3 +3gp	4	3 +3gp												
Philippinen	9	1	65 +2gp	4	23 +1gp	3	4					2	38 +1gp	6	20 + 1gp		
Ruanda	3		2	2	1					1	1			2	2	1	1
Russland	6		10 +1org			4	9			2	1 +1org						
Schweiz		1	1gp														
Simbabwe	6	2	649 +1gp	2	4							4	645 +1gp	3	13		
Singapur	2		1	2	1									1	1		
Spanien	1	1	8 +1gp			1	8 +1gp										
Sri Lanka	22	1	20 +3gp	14	13 +3gp	3	4	5	3					10	10		
Sudan	36		413 +3gp	23	378 +2gp	3	7	5	21	1	7	4	1gp	15	337 + 2gp	10	45 + 1gp
Syrien	2		8	1	5					1	3			2	8	1	1
Tansania	2		3 +1org	1	1					1	2 +1org			1	1		
Thailand	4	3	53	2	51	1	1	1	1								
Tschad	6	2	13	4	10					2	3						
Tunesien	18	3	38 +4org	10	14			1	3	7	21 +4org			4	7	3	6
Türkei	1		2							1	2						
Uruguay	1		12 +1gp	1	12 +1gp											1	1gp
USA		1	1gp														
Usbekistan	5	3	10			1	1	1	3	3	6			4	23		
Venezuela	8		898 +3gp	7	48 +3gp							1	850	4	10	3	7
Vietnam	1		4							1	4			1	4		
Weissrussland	1		4 +1org							1	4 +1org			1	5		
<b>Total</b>	<b>490</b>	<b>78</b>	<b>5627 + 152gp +63org</b>	<b>253</b>	<b>3138 +77gp +4org</b>	<b>50</b>	<b>108 +12gp</b>	<b>25</b>	<b>31 +3gp</b>	<b>111</b>	<b>337 +8gp +59org</b>	<b>51</b>	<b>1970 +41gp</b>	<b>183</b>	<b>1808 + 20gp</b>	<b>41</b>	<b>186 + 2gp</b>

\*WSKR: Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

gp = Menschenrechtsverletzungen an Gruppen

org = Menschenrechtsverletzungen gegenüber Nichtregierungsorganisationen

Die Dringlichkeitsappelle der OMCT betrafen auch Gruppen Zwangsverschleppter (insgesamt auf 80.000 Personen geschätzt).

Im Rahmen des Observatoriumsprogramms erfolgten insgesamt 159 Interventionen, darunter 111 Dringlichkeitsappelle (einschliesslich Appelle über 12 Monate für Kolumbien) sowie 28 bilaterale Interventionen und 20 Pressemitteilungen.

Misshandlung		Folter		Verschwindenlassen		Todesfälle in Haft		Aggression u.ä.		Ausserger. Hinrichtungen		Todesstrafe		Bedrohung und Quälerei		Ab-/Ausweisung		Freilassungen	
Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer	Appelle	Opfer
		1	3	1	1	1	1	1	1gp	2	2			1	+1gp			2	4
3	35							4	11 +3gp									4	38
1	1	2	5											2	6 +1gp				
														1	1gp			1	1
6	75 +1gp	8	47	1	2			7	136 +4gp	1	2			13	75 +3gp				
3	8	3	7			1	1			1	4			1	1			1	1
										1	1gp			1	1				
1	1gp	2	1 +1gp							1	1	3	3	1	3			3	5
2	1 +2gp							4	18 +3gp	3	15	1	3	1	1gp				
						1	1			1	1			1	1				
3	1 +3gp	5	6 +2gp	1	3	1	50											1	2
1	1							1	1					3	4 +1gp				
4	10	3	6					2	25					2	3	2	16 +1gp	5	15 + 1gp
1	2	1	2											2	1 +1org			1	1
		1	1					1	1					1	1			2	10
2	2																	1	1
1	8 +1gp	1	8 +1gp																
4	5	17	18			4	4							5	5			3	3
3	70	13	164	1	1					1	10	5	144	1	1			6	48
2	8																		
		1	1															1	1
		2	2														1	34	
		1	2							2	2							2	8
5	15	2	2	1	1	1	1	5	12 +1gp					1	3	1	1	2	2
1	1gp					1	12												
1	1	2	2											1	3				
1	3	3	8	1	1			3	30 +1gp	2	2			7	13 +2gp			2	4
1	4																	1	1
104	1072 + 30gp	127	524 +8gp	35	213	23	148 +1gp	79	1198 + 43gp + 9org	60	445 +4gp	13	180	120	297 +42gp +17org	14	39 +9gp +1org	71	354 +2gp

## Dringlichkeitshilfe für Folteropfer 2002 in Zahlen

LAND	FALL/FÄLLE	OPFER
Algerien	1	4
Äthiopien	1	1
Bhutan	1	1
Bolivien	1	Kollektive Unterstützung
Brasilien	1	2
Bulgarien	1	1
El Salvador	1	4
Georgien	1	1
Guinea	1	1
Haiti	1	1
Kirgisistan	1	2
Kolumbien	1	5
Kongo, Demokratische Republik	18	46 + kollektive Unterstützung
Libanon	1	1
Liberia	1	1
Libyen	1	8
Mexiko	2	3
Namibia	1	1
Nicaragua	1	1
Peru	1	1
Ruanda	1	5
Sambia	1	2
Schweiz	1	Kollektive Unterstützung
Sierra Leone	2	5
Sudan	2	2
Togo	1	1
Tschad	2	4
Tunesien	5	8
Türkei	3	3
Total: 28 Länder	56 Fälle	115 Opfer + 3mal kollektive Unterstützung *

\* Die Fälle kollektiver Unterstützung sind in der Opferzahl nicht enthalten



“

*Mit grosser Freude sende ich Ihnen die vorliegende Mitteilung.  
Die Dankbarkeit, die ich für die OMCT und für SOS-Torture verspüre,  
kann ich gar nicht richtig in Worte fassen.*

*Ich weiss nicht, was aus mir geworden wäre ohne die soziale, juristische und  
medizinische Unterstützung durch die OMCT. Auch die Dringlichkeitsappelle  
haben zu einem Grossteil dazu beigetragen, dass meine Regierung einwilligte,  
mich ausserhalb des Gefängnisses behandeln zu lassen. Wie Sie wissen, habe ich  
mich am 24. September 2002 einer Blinddarmentzündung unterzogen und bin  
am 29. Oktober 2002 aus der Klinik entlassen worden.*

*Die Aktionen der OMCT sind allenthalben auf der Welt äusserst nützlich.  
Die OMCT ist die erste internationale Menschenrechtsorganisation,  
die Folteropfer überall auf der Welt bei sozialen, juristischen  
und medizinischen Problemen nachdrücklich unterstützt.*

”

Afrika, 2002



## Veröffentlichungen 2002

**“Hope Betrayed. A Report on Impunity and State-Sponsored Violence in Nigeria”**, August 2002, 200 pp. (nur englisch).

**“Les défenseurs des droits de l'Homme en première ligne”**.  
Jahresbericht 2001 des Observatoriums für den Schutz der Menschenrechtler. Editions Mango Document, Februar 2002, 282 pp. (auch englisch und spanisch).

**“Violence against women: 10 reports, year 2002”**, 420 pp. (nur englisch), Auslieferung in 2003.

**“Les enfants, la torture et les autres formes de violence”**,  
Abschlussbericht der internationalen OMCT-Konferenz in Tampere, 204 pp. (auch englisch und spanisch).

### Frauenrechte

**Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women by Greece**, 72 pp. (nur englisch)

**Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women by Sri Lanka**, 52 pp. (nur englisch)

**Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women by Tunisia**, 48 pp. (nur englisch)

**Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women by Zambia**, 48 pp. (nur englisch)

### Kinderrechte

**Les droits de l'enfant en Ethiopie**, 60 pp. (auch englisch)

**Les droits de l'enfant en Egypte**, 48 pp. (auch englisch und spanisch)

**Rights of the Child in Guatemala**, 48 pp. (auch spanisch, französisch in 2003)

**Les droits de l'enfant en RDC**, 56 pp. (auch englisch und spanisch)

**Les droits de l'enfant en Turquie**, 100 pp. (auch englisch)



**Rights of the Child in Paraguay**, 60 pp. (französische Version erscheint 2003)

**Les droits de l'enfant au Cameroun**, 71 pp. (auch englisch und spanisch)

**Rights of the Child in Kenya**, 56 pp. (französische Version erscheint 2003)

**Rights of the Child in Bahrain**, 87 pp. (französische Version erscheint 2003)

**Les droits de l'enfant en Suisse**, 55 pp. (auch englisch)

**Les droits de l'enfant en Espagne** (erscheint 2003, auch englisch und spanisch)

**Rights of the Child in Tunisia**, 52 pp. (französische Version erscheint 2003)

**Rights of the Child in Argentina**, 60 pp. (auch spanisch)

**Rights of the Child in Ukraine**, 68 pp. (nur englisch)

**Rights of the Child in Sudan**, 72 pp. (nur englisch)

## **Observatoriuim für den Schutz der Menschenrechtler**

**“Tunisie, le combat d'un homme pour l'indépendance de la Justice: l'affaire Yahyaoui”**, mit Avocats sans Frontières, Mai 2002, 19 pp.

**“Algérie, Instrumentalisation de la Justice: les victimes et leurs défenseurs sur le banc des accusés”**, Juli 2002, 14 pp.

**“Turquie: Harcèlement judiciaire contre les défenseurs des droits de l'Homme”**, Dezember 2002, 11 pp. (auch englisch).

**“Brazil: The Human Rights Crisis in Espírito Santo: threats and violence against human rights defenders”**, Juli 2002, mit Global Justice Center, 67 pp. (nur englisch und portugiesisch).



## **Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** (nur englisch)

**“Human Rights as an Essential Element for Guaranteeing the Eradication of Poverty and a Fully Inclusive and Equitable Global System: Implications for the International Conference on Financing for Development”**, Januar 2002, 8 pp.

**“Uzbekistan: Violence, Repression and Violation of Economic, Social and Cultural Rights”**, April 2002, 33 pp.

**“Economic, Social and Cultural Rights in Benin”**, April 2002, mit ESAM, 29 pp.

**“The Human Rights Dimension of the Barcelona Process: The Fundamental Prerequisite for a Sustainable Peace, Security and an Area of Prosperity in the Euro-Mediterranean Region”**, April 2002, 11 pp.

**“Privatisation of Basic Services, Public Order and Law Enforcement within the Context of the Rights of the Child”**, September 2002, 16 pp.

**“The Policy of Forced Evictions and House demolitions in Egypt: A Form of Cruel, Inhuman or Degrading Treatment”**, mit ECHR, November 2002, 13 pp.

**“Economic, Social and Cultural Rights in Georgia”**, November 2002, 24 pp.

**“The Realisation of Human Rights and the EU-Mexico Agreement: Challenges, Implications and Recommendations”**, November 2002, 12 pp.

**“The Realisation of the Right to Water and the Liberalisation of Trade in Services: Challenges, Implications for a General Comment and Recommendations”**, November 2002, 10 pp.



## Vollzugsrat

---

**Präsidentin:**

- Elisabeth Reusse-Decrey

**Vizepräsidenten:**

- Denis von der Weid
- Olivier Mach

**Schatzmeister:**

- José Domingo Dougan Beaca

**Mitglieder:**

- Dan Cunniah
- Frej Fenniche
- Alphonse MacDonald
- Christine Sayegh
- Katherine Shiraishi



# Delegiertenversammlung

## Repräsentanten

### **Afrika**

- Madeleine Afite, *Kamerun*
- Innocent Chukwuma, *Nigeria*
- Aminata Dieye, *Senegal*
- Osman Hummaida, *Sudan*
- Guillaume Ngefa, *Dem. Rep. Kongo*

### **Lateinamerika**

- Ernesto Alayza Mujica, *Peru*
- Helio Bicudo, *Brasilien*
- Alberto Leon Gomez, *Kolumbien*
- Alicia Perez Duarte, *Mexiko*

### **Nordamerika**

- Alvin Bronstein, *USA*

### **Asien**

- Joseph Gathia, *Indien*
- Sanjeewa Liyanage, *China (Hongkong)*
- Ravi Nair, *Indien*
- Elisabeth P. Protacio, *Philippinen*
- Khalida Salimi, *Pakistan*

### **Europa**

- Panayote Elias Dimitras, *Griechenland*
- Nazmi Gür, *Türkei*
- Hélène Jaffe, *Frankreich*
- Tinatin Khidasheli, *Georgien*
- Frauke Seidensticker, *Deutschland*

### **Mittelost und Maghreb**

- Mohammad Abu-Harthieh, *Palästina*
- Hassan Moosa, *Bahrain*
- Radhia Nasraoui, *Tunesien*
- Lea Tsemel, *Israel*



## Organisationskomitee

---

- Carole Argand
- Monique Aubertinaz
- Hélène Ballivet-Durand
- Anne Bonhôte-Hirsch
- Inès Brunshwig-Mirabaud
- Brigitte Lescure
- France Majoie Le Lous
- Béatrice Natural
- Florence Notter
- Fabienne Ormond
- Brigitte Rivoire

## Beirat

---

- Susanna Agnelli
- Francis Blanchard
- Edouard Brunner
- Bernard Comby
- Hans Danelius
- Leandro Despouy
- Alexis Dipanda Mouelle
- Toine van Dongen
- Asbjorn Eide
- Kurt Furgler
- Konrad Ginther
- Fritz Honegger
- Peter Jankovitsch
- Louis Joinet
- Lea Levin
- Alice Marangopoulos
- Jacques Moreillon
- Franz Muheim
- Kinhide Mushakoji
- Chandra Muzaffar
- Adolfo Pérez Esquivel
- Pierre Pictet
- Bent Sorensen
- Rodolfo Stavenhagen
- Desmond Tutu
- Liliane Uchtenhagen
- Simone Veil
- Jacques Vernet
- Joseph Voyame
- Amos Wako
- Laurie Wisberg



# Internationales Sekretariat

## In Genf

### **Direktor:**

- Eric Sottas

### **Stellvertretende Direktorin:**

- Anne-Laurence Lacroix  
*Programm Opfer*

### **ProgrammleiterInnen:**

- Carin Benninger-Budel  
*Programm Frauen*
- Nathalie Mivelaz  
*Programm Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*
- Roberta Cecchetti  
*Programm Kinder*
- Michael Anthony  
*Programm Dringlichkeitskampagnen*
- Laurence Cuny  
*Programm Menschenrechtler*
- Isabel Ricupero  
*Programm Sondermassnahmen*

### **Programmbeauftragte:**

- Clemencia Devia Suarez  
*Programm Dringlichkeitskampagnen*
- Sylvain Vité  
*Programm Kinder*
- Joanna Bourke  
*Programm Frauen*

### **Chargées de mission :**

- Hélène Durand-Ballivet
- Carole Argand

### **Verwaltung:**

- Annik Malburet
- Kifle Araia

### **Bibliothek:**

- Pierre-Maurice Rolli

**Adresse :** Postfach 21 - 8, rue du Vieux-Billard - CH-1211 Genf 8

Telefon: +41/22 809 49 39 - Fax: +41/22 809 49 29

Email: [omct@omct.org](mailto:omct@omct.org) - Internet : [www.omct.org](http://www.omct.org)

*Postscheckkonto : Genève 12-5500-1*

*Bankverbindungen: Banque LODH & Cie, Genf, Schweiz - Kontonr.: 88515*

*Union de Banques Suisses Genf, Schweiz - Kontonr.: 279.C8106675.0*



**MARCEL LAUPER - EXPERT COMPTABLE  - GENÈVE**

**BERICHT DER WIRTSCHAFTSPRÜFER**  
An den Vollzugsrat der

**WELTORGANISATION GEGEN FOLTER (OMCT) SOS-TORTURE**

---

Entsprechend dem uns von Ihrer Generalversammlung erteilten Mandat haben wir den Jahresabschluss per 31. Dezember 2002 geprüft.

Nach unseren Feststellungen stimmen Bilanz und Erfolgsrechnung exakt mit den ordnungsgemäss geführten Büchern überein.

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Einnahmenüberschuss von CHF 31'364.25, mit dem der Verlustvortrag aus dem vorangegangenen Geschäftsjahr getilgt wurde.

Wir empfehlen die Genehmigung der uns im Rahmen unseres Mandats vorgelegten Bücher und sonstigen Unterlagen.

Die Wirtschaftsprüfer  
Marcel LAUPER



Marcel LAUPER

Genf, den 3. April 2003

ANHANG I: BILANZ PER 31 DEZEMBER 2002

ANHANG II: ERFOLGSRECHNUNG PER 31 DEZEMBER 2002



# Anhang I

## BILANZ PER 31 DEZEMBER 2002

<b>AKTIVEN</b>		CHF
Kasse		5'897.63
Postscheckkonto		31'571.79
Bank		<u>1'073'163.51</u>
		1'110'632.93
Spenden/Beiträge		133'682.78
Vorauszahlung Aufwendungen		<u>56'049.80</u>
		<u>1'300'365.51</u>
<b><u>PASSIVEN</u></b>		
Gläubiger		277'818.85
Fällige Aufwendungen		<u>330'171.50</u>
		607'990.35
Rückstellung für spez. Aktivitäten		265'000.00
Aufgeschobene Einnahmen		<u>424'633.61</u>
		<u>1'297'623.96</u>
<b><u>AKTIVEN NETTO</u></b>		
Einnahmenüberschuss 2002	CHF 31'364.25	
Saldovertrag	CHF (28'622.70)	(2'741.55)
		=====



## Anhang II

### ERFOLGSRECHNUNG PER 31 DEZEMBER 2002 - JAHR 2002

<b>EINNAHMEN</b>		2'770'243.65
Subventionen Bund	150'000.00	
Subventionen Etat de Genève	76'950.00	
Subventionen Kantone	14'000.00	
Subventionen Stadt Genf	18'000.00	
Subventionen Schweizer Gemeinden und Städte	21'450.00	
Subvention Migros	5'000.00	
Subventionen europäischer Regierungen	209'928.80	
Subventionen von Stiftungen	36'545.00	
Beiträge der Netzwerkmitglieder	12'058.77	
Spenden "Club des Cent"	150'950.00	
Private Spenden	75'705.00	
Bulletinverkauf & Honorare, Spezialerevents	105'521.69	
Subventionen Folteropferprogramm	177'396.74	
Subventionen Kinderprogramm	773'303.27	
Subventionen Frauenprogramm	282'843.52	
Subventionen Menschenrechtlerprogramm	111'234.32	
Subvention Demokratisierungsprogramm	9'504.92	
Subventionen Dringlichkeitskampagnen	414'039.80	
Subventionen Ausbildungsprogramm	125'811.19	
<b>AUSGABEN</b>		-2'776'726.35
Erweiterung/Netzwerkausbau	115'228.03	
Tage der Unterstützung	15'399.34	
Opferhilfe	288'943.56	
Kinderprogramm	521'709.86	
Frauenprogramm	374'358.45	
Menschenrechtlerprogramm	151'050.67	
Demokratisierungsprogramm	173'371.96	
Dringlichkeitskampagnen	582'411.94	
Ausbildungsprogramm	305'736.03	
Rassismusprogramm	30'651.75	
Promotion	92'761.60	
Besondere & unvorhersehbare Ereignisse	125'103.16	
<b>ERGEBNIS VOR HABENZINSEN UND SONSTIGEN ERTRÄGEN</b>		-6'482.70
<b>HABENZINSEN UND SONSTIGE ERTRÄGE</b>		37'846.95
Habenzinsen	36'353.90	
Sonstige Erträge	1'493.05	
<b>EINNAHMENÜBERSCHUSS</b>		31'364.25







Postfach 21  
8, rue du Vieux-Billard  
CH - 1211 Genf 8  
Telefon +41/22 809 49 39  
Fax +41/22 809 49 29  
E-Mail [omct@omct.org](mailto:omct@omct.org)  
Internet <http://www.omct.org>

*Postscheckkonto, Genf 12-5500-1*  
*UBS SA – Genf, Schweiz – Kontonr.: 279.C8106675.0*  
*Banque LODH & Cie – Genf, Schweiz, Kontonr.: 88515*